

## Neoliberalismus – Eine (ganz) kurze Einführung (Teil 1)

Der Neoliberalismus ist genau genommen keine ökonomische Denkrichtung, sondern eher eine politische Konzeption. Ökonomische, politische und ideologische Elemente fließen bis zur Unkenntlichkeit ineinander. Mit einer Reihe von Kernaussagen (genauer nicht hinterfragbaren Behauptungen) versteht sich neoliberales Denken vor allem als generell normsetzend. Bereits die Frage nach der Berechtigung und der Richtigkeit der so formulierten Normen war über lange Zeit weitgehend verpönt. Diese Normen sind vor allem politischen und sozialen Charakters, weshalb sich neoliberales Denken heute mit verschiedenen ökonomischen Schulen verbinden kann. Es bietet einen Rahmen, in dem je nach Veränderungen der realen Verhältnisse verschieden Theorieansätze einen Raum finden, soweit sie bestimmten Ausgangsprämissen genügen. Das ist eine wichtige Ursache für die Wirksamkeit des Neoliberalismus.

Und noch eine Vorbemerkung ist wichtig. Diese Einführung soll zeigen, auf welchen Wegen und in welchen Etappen die neoliberale Doktrin entstanden ist. In den politischen und ideologischen Auseinandersetzungen mit VertreterInnen dieser Richtungen wird neoliberalen Denken oft Erkenntnisunfähigkeit unterschoben. Eigentlich hätten die Behauptungen, auf die sich Neoliberalismus gründet, völlig falsch. Das ist zweifelsfrei falsch und bedeutet, ihn und seine AnhängerInnen zu unterschätzen. Darauf verwies Rosa Luxemburg schon Anfang des 20. Jahrhunderts:

„Die erste Bedingung einer erfolgreichen Kampfpolitik ist das Verständnis für die Bewegungen des Gegners. Was gibt uns aber den Schlüssel zum Verständnis der bürgerlichen Politik bis in ihre kleinsten Verzweigungen, bis in die Verschlingungen der Tagespolitik, ein Verständnis, das uns gleichermaßen vor Überraschungen wie vor Illusionen bewahrt? Nichts anderes als die Erkenntnis, dass man alle Formen des gesellschaftlichen Bewusstseins, also auch die bürgerliche Politik, in ihrer inneren Zerrissenheit aus den Klassen- und Gruppeninteressen, aus den Widersprüchen des materiellen Lebens und in letzter Instanz „aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen“ erklären müsse.“<sup>1</sup>

Anders ausgedrückt: Die Theoriengeschichte zeigt uns, wie Realität interessengebunden wahrgenommen wird. Um die Ideen zu verstehen, muss man Bedingungen und Interessen verstehen.

Gegenstand des ersten Teils dieser Arbeitshilfe ist der Entstehungsprozess neoliberalen Denkens. Dazu werden wir uns mit Theorien zu beschäftigen haben, die dem Neoliberalismus vorangehen. Wenn nun im Folgenden verschiedene Denkrichtungen als Quellen des Neoliberalismus benannt werden, so bedeutet das nicht, dass letzterer etwa als Summe dieser Quellen zu verstehen wäre. Die hier dargestellten Quellen gehen mit Teilaussagen, Annahmen und Methoden in die

---

<sup>1</sup> Luxemburg, Rosa: Karl Marx, in: Rosa Luxemburg Werke Bd.1/2, Berlin, S.372f.

neoliberale Konzeption ein. Sie prägen das Weltbild und die Forschungsweise der TheoretikerInnen. Mitunter stellen sie auch Probleme, die im Rahmen der neuen theoretischen Konzeption dann gelöst werden sollen. Zudem muss beachtet werden, dass „ältere“ Theorien nicht einfach mit dem Auftreten „neuer“ verschwinden. Schon an den Lebensdaten der genannten Wissenschaftler (und hier sind es tatsächlich nur Männer) wird deutlich, dass verschiedene Strömungen lange Zeit nebeneinander existierten und existieren. Ihre Vertreter haben als Hochschullehrer ihre Auffassungen natürlich immer auch dann weiter gegeben, wenn ihre Theorie nicht mehr neu war. Andererseits beherrscht der Neoliberalismus keinesfalls sofort das geistige Leben. In den dreißiger, vierziger und fünfziger Jahren führen diese Auffassungen, teilweise unter dem Dach der weiter unten zu behandelnden Neoklassik, ein Dasein am Rande des wissenschaftlichen Mainstream. Wir werden auch sehen: Indem sich neue Denkrichtungen aus der Kritik älterer ergeben (wie hier z.B. im Verhältnis von Historischer Schule auf der einen und verschiedenen neoliberaler Schulen sowie der Grenznutzenschule auf der anderen Seite) beeinflussen selbst die kritisierten Auffassungen die Entwicklungsrichtungen der Kritisierenden.

Im Rahmen dieser Darstellung ist es nicht möglich, auf einen Aspekt detailliert einzugehen, der für Charakter und Wirksamkeit des Neoliberalismus trotzdem zentral ist: der Streit um die Methode der Erkenntnis zwischen den verschiedenen bürgerlichen Denkrichtungen sowie all dieser mit der marxischen Richtung. Man spricht in der Geschichte der Politischen Ökonomie daher auch von einem „Methodenstreit“, der von den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts währt. Die meisten der relevanten Autoren dieser Zeit beginnen daher ihre Abhandlungen mit der Frage nach der eigenen Forschungsmethode und nach dem damit verbundenen Verständnis gesellschaftlicher Entwicklung. In den folgenden Darlegungen wird darauf immer wieder verwiesen, ohne dass es hier möglich ist, diesen sehr interessanten und politisch hoch brisanten Streit in seiner Breite darzulegen. Wesentliche Grundzüge neoliberaler Gesellschaftskonzeptionen – wie etwa die Leugnung des Gesellschaftlichen, der Marktgläubigkeit, die einseitige Überhöhung der UnternehmerInnenpersönlichkeit u.a. hängen unmittelbar mit dem Ausblenden von bestimmten Faktoren gesellschaftlicher Entwicklung durch das entsprechende Zuschneiden der Methode zusammen. Dabei wurde immer auch versucht, die marxische Methode als falsch und irreführend zu bekämpfen.

### ***Historischer Hintergrund***

Höhepunkt der bürgerlichen Ökonomie und Bezugspunkt aller späteren ökonomischen Theorien ist die klassische bürgerliche Politische Ökonomie mit ihren wichtigsten Vertretern Adam Smith (1723-1790) und David Ricardo (1772-1823). Ihre Theorien spiegeln die ökonomischen Verhältnisse des aufstrebenden Kapitalismus wider. Die bürgerliche Gesellschaft und ihre Basis, das Kapital, haben ein Interesse an einer theoretischen Begründung ihrer Interessen gegen den Adel und die Reste feudaler Ordnung. Die ArbeiterInnen bilden eine schwache und politisch unselbständige Schicht, die noch nicht in der Lage ist, organisiert in politische Auseinandersetzungen einzugreifen.

Der Gegenstand der Untersuchungen der klassischen bürgerlichen Politischen Ökonomie ist die Frage, unter welchen Bedingungen und wie Reichtum aus kapitalistischer Produktion entsteht. Wie der Reichtum in der feudalen Produktion entsteht, ist offensichtlich – durch die Arbeit persönlich abhängiger Bauern und durch die mit staatlicher Gewalt geschützten Abgaben und Privilegien eignet sich der Adel große Teile des Reichtums an. In der kapitalistischen Produktion ist aber der Arbeiter formal frei, er ist nicht vom Kapitalbesitzer persönlich abhängig – wie also funktioniert der Austausch zwischen Kapital und Arbeit, in dem der eine immer reicher, der andere wenigstens gleich arm bleibt? Mit dem wachsenden Stellenwert von Maschinen sind die Unternehmer mit dem praktischen Problem konfrontiert, dass diese selbst Reichtum zu schaffen scheinen. Ist das tatsächlich so? Welche Konsequenzen hat die Beantwortung dieser Frage wiederum für die Verteilung des geschaffenen Reichtums? Gleichzeitig bewegt diese Theoretiker die Frage, womit die Umverteilung des produzierten Reichtums durch Steuern, durch Zahlungen an die Landbesitzer oder Zölle eigentlich gerechtfertigt und verworfen werden könnte. Im Ergebnis ihrer Untersuchungen kommen sie zu dem Schluss, dass Wert nur durch die lebendige Arbeit neu geschaffen wird. Der Wert einer Ware wird durch das Maß verausgabter lebendiger Arbeit bestimmt. Smith, vor allem aber Ricardo sind Begründer der Arbeitswerttheorie. Der Profit ist ein Teil des Arbeitsproduktes, den sich der Kapitalist ohne Gegenleistung aneignet. Die Grundrente (also Pachten, Mieten und sonstige Abgaben, die an Grundeigentümer zu zahlen sind) wiederum ist Resultat der Umverteilung des durch den Arbeiter geschaffenen Produktes bzw. Abzug vom Profit des Kapitalisten. Für Adam Smith sind Rente und Profit ein „Abzug vom Produkt des Arbeiters“ und Ricardo spricht aus, dass sich Lohn und Profit im umgekehrten Verhältnis zueinander bewegen müssen. Letzteres bedeutet, dass eine Erhöhung des Profites bei gegebenem Produkt immer Senkung der Löhne, Erhöhung der Löhne Senkung des Profits bedeutet. Arbeiter und Grundeigentümer sind so gleichermaßen Konkurrenten des Kapitalisten um die Verteilung des Arbeitsproduktes, sie haben gegensätzliche Interessen. Die klassische bürgerliche Ökonomie erklärt diesen Gegensatz der Interessen und spricht ihn auch unumwunden aus. Die dahinter liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Herkunft, also die Eigentumsverhältnisse oder das Lohnarbeitsverhältnis selbst, interessieren die bürgerliche klassische Ökonomie nicht oder nur am Rande. Sie werden als natürlich gegeben betrachtet. Da die Arbeiter zu diesem Zeitpunkt keine ernstzunehmenden Konkurrenten um das Produkt ihrer Arbeit sind, kann dieses Konkurrenzverhältnis auch offen ohne politische Konsequenzen ausgesprochen werden. In dieser Zeit kommt überhaupt (kaum) jemand auf die Idee, diese aus der Legitimierung bürgerlicher Forderungen erwachsende Konsequenz der wissenschaftlichen Arbeiten von Ökonomen in Betracht zu ziehen.

Für die bürgerliche Klasse viel wichtiger ist in dieser historischen Etappe vor allem die Legitimierung der politischen und wirtschaftlichen Ansprüche gegen den Adel und der Forderungen nach Niederreißen aller feudalen Privilegien und sonstiger Beschränkungen kapitalistischen Wirtschaftens. Indem der Reichtum auf Arbeit, genauer Lohnarbeit und das Handeln der Unternehmer zurückgeführt wird sowie der Austausch von Waren als Austausch von „gleichen Arbeitsmengen“ bestimmt wird, verlieren natürlich alle feudalen Abgaben, Steuern usw. ihre (ökonomische)

Begründung. Sie werden als Umverteilung von Reichtum erkannt, deren Zweckmäßigkeit fraglich ist. Warum sollte die bürgerliche Klasse den Adel erhalten und ihm auch noch politische Privilegien zugestehen – obwohl dieser doch offensichtlich von ihnen abhängig ist? Die Klassische Politische Ökonomie lieferte eine Begründung für die Etablierung eines bürgerlichen Staates, der bürgerliche Rechte garantiert und gleichzeitig in seinem Handeln von den Interessen des Kapitals in seiner Gesamtheit<sup>2</sup> bestimmt ist, wie er sich dann im Laufe des 19. Jahrhunderts auch durchsetzte.

Kurz nach dem Tod Ricardos (1823), vor allem aber dann in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts beginnt sich die Arbeiterschaft zur Klasse zu entwickeln, also als selbständige politische Kraft zu handeln. Im Unterschied zu früheren subalternen Klassen (etwa der Leibeigenen oder der abhängigen Bauern) ist diese Klasse nicht nur durch eine gemeinsame soziale Lage verbunden, sondern frei von persönlichen Abhängigkeiten, frei von Eigentum (an Produktionsmitteln, daher zur Arbeit für den Unternehmer gezwungen) – daher doppelt freie Lohnarbeiter - und in Fabriken konzentriert. Außerdem war sie genauso eng mit den modernsten technischen und sozialen Prozessen verbunden – eben mit der Entwicklung der maschinellen Produktion. Das Zusammenfallen dieser Faktoren verleiht der Arbeiterklasse ein (historisch gesehen) rasant wachsendes politisches Gewicht. Damit verwandelt sich die Arbeitstheorie plötzlich aus der Legitimation der Forderungen des Bürgertums gegenüber den Feudalen in eine Legitimation der Forderungen der Arbeiter nach mehr Lohn, auch auf Kosten des Profits, und besseren Lebensbedingungen. Von da an ist die Werttheorie der Scheidepunkt zwischen den emanzipatorischen auf der einen und den bürgerlichen (in diesem Sinne nun konservativen) Theorien auf der anderen Seite.

*Bürgerliches ökonomisches Denken sieht sich also um die Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem Problem konfrontiert, dass eine Theorie, die unbefangen den grundlegenden Interessengegensatz von Bourgeoisie und Proletariat ausspricht, aus politischen Gründen nicht mehr möglich ist. Mit dem politischen Sieg des Bürgertums die Frage des Machterhaltes konsequent auch in den Mittelpunkt des ökonomischen Denken. Es lässt deshalb die Elemente der bürgerlichen Klassik fallen, die in irgendeiner Weise die Behauptung der Naturgegebenheit und Ewigkeit kapitalistischer Verhältnisse in Frage stellen könnten. Der Neoliberalismus ist ein Produkt dieses ursächlich gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Politisierungsprozesses.*

In einem Lehrbuch zur Volkswirtschaftslehre aus dem Jahre 1931 (im damaligen mainstream liegend) wird die Situation wie folgt beschrieben:

---

<sup>2</sup> Der bürgerliche Staat soll die Herrschaftsbedingungen des Kapitals, nicht die Existenz jedes Einzelkapitals sichern. Insofern stehen Sozialreformen, die natürlich a) die Qualität der Arbeitskraft erhalten und b) die politische Stabilität sichern keinesfalls im Gegensatz zum kapitalistischen Charakter des Staates. Die Aussage: „Der Staat ist Machtinstrument der herrschenden Klasse.“ Ist nicht so zu verstehen, dass er direkt jedes Einzelinteresse durchsetzen wollte und könnte.

---

„Für die wissenschaftliche Bewältigung dieser Erscheinungen [hier der Verelendung des entstehenden Proletariats] standen der klassischen Schule keine Methoden zur Verfügung; denn das Verkünden von Gesetzen, etwa im Sinne des Ricardoschen Lohngesetzes, das dem Arbeiter nur ein zur Aufrechterhaltung seiner Existenz dienendes Minimum zuspricht, war nur geeignet, entweder das Proletariat in dumpfe Verzweiflung versinken zu lassen oder aber den Arbeitern Waffen in die Hand zu geben, um diese vermeintlichen Gesetze durch machtpolitische Mittel zu zertrümmern, sie als Gebilde erkennen zu lassen, die nur durch die besonderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im kapitalistischen System bedingt sind. Es mußte eine geisteswissenschaftliche Methode gefunden werden, die all die gesellschaftlichen, auf der Wirtschaftsentwicklung sich aufbauenden Widersprüche begreifbar machen konnte.“<sup>3</sup>

Zwei in gewisser Weise entgegengesetzte Richtungen ökonomischen Denkens, die sich beide als Bruch zu Adam Smith und David Ricardo verstehen, sind die Grenznutzenschule und die Historische Schule. Sie haben für die Entstehung der neoliberalen Strömung besondere Bedeutung.

Daneben bietet natürlich die Klassische bürgerliche Politische Ökonomie selber Ansatzpunkte für das neoliberale Denken. Die rückhaltlose Bejahung der kapitalistischen Ordnung, der Glaube an die Selbstregulierung der Märkte („unsichtbare Hand“) und andere innere Widersprüche der Theorien selbst bilden natürlich auch derartige Ausgangspunkte. Das theoretische Gebäude der bürgerlichen Klassik wird aber durch die spätere bürgerliche Ökonomie praktisch verworfen. Es werden nur Bruchstücke in neuen Theorien verbaut.

### ***Grenznutzenschule***

Die Grenznutzenschule stellt die Frage nach der Bestimmung des Preises in den Mittelpunkt des Interesses. Anders ausgedrückt: die Frage nach der Entstehung des Reichtums tritt hinter die Frage nach seiner Verteilung zurück. Für die UnternehmerInnen und für den Alltagsverstand sind vor allem die Preise erklärungsbedürftig. Der Wert als in der Produktion entstehende Basis der Preise ist aus den gerade entwickelten Konsequenzen der Werttheorien von Ricardo und Smith eine politisch gefährliche Angelegenheit.

Vertreter dieser Schule sind u.a. Carl Menger (1840-1921), William Stanley Jevons (1835-1882), Eugen von Böhm-Bawerk (1851-1914), John Bates Clark (1847-1938), Leon Walras (1834-1910) und Vilfredo Pareto (1848-1923).<sup>4</sup>

Die Grenznutzenschule erklärt den Preis konsequent aus Angebot und Nachfrage und den darin zum Ausdruck kommenden subjektiven Wertschätzungen. Wir haben es also nicht nur mit einer Verschiebung des Blickwinkels auf den Preis zu tun,

---

<sup>3</sup> Bülow, Friedrich: Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung in das wirtschaftliche Denken. Kröners Taschenausgabe Band 81, Alfred Kröner Verlag Leipzig 1931, S. 123

<sup>4</sup> Vorläufer sind Hermann von Gossen und Johann Heinrich von Thünen – dies sei hier nur erwähnt, weil ihre Namen bei den genannten Autoren sowie in Literatur zur Dogmengeschichte in diesem Zusammenhang genannt werden. Prägend wirkten sie aber nicht.

---

sondern auch mit einer Umdeutung des Inhaltes des Begriffes „Wert“. Finden wir bei Ricardo und Smith eben den Wert als „Arbeitswert“ (also als gesellschaftliche Angelegenheit), ist er hier subjektive Wertschätzung.<sup>5</sup> Wenn aber Angebot und Nachfrage als Bestimmung von Preis und Wert betrachtet werden, so ist bereits ein gesellschaftlicher Bezug zwischen Anbieter und Nachfrager vorausgesetzt. Die Frage, wie diese Konstellation entsteht, wird von der Grenznutzenschule nicht (mehr) gestellt.

Dabei geht die Theorie von einem Gleichgewicht aus, das der kapitalistischen Wirtschaft innewohnend sei. Jedes Angebot finde quasi a priori seine Nachfrage. Eine Überproduktion sei in einer funktionierenden kapitalistischen Wirtschaft dementsprechend nicht möglich. Disproportionen und Krisen entstehen nur durch äußere Einwirkungen, etwa auch einer falschen Politik, die die Wirkungen des Marktes einschränkt. Dieser Grundsatz der „angebotsorientierten Ökonomie“ geht auf Jean Baptiste Say (1767-1832)<sup>6</sup> zurück. Es wird deshalb auch das „Saysche Dogma“ genannt. In der Sprache Mitte des 19. Jahrhunderts wurde dies so beschrieben:

„Wenn man Produkte mit Produkten kauft, so wird jedes Produkt umso mehr Käufer finden, je mehr sich alle andern Produkte vervielfältigen... für die Produktionen, welche durch die Industrie und die Kapitalien eines Landes erzeugt werden können, [läßt sich] keine Grenze angeben; wenn in der That alle Produkte eins durch das andere gekauft werden können; wenn sie sogar nur auf diese Weise gekauft werden können, so scheint man daraus die Möglichkeit abnehmen zu können, dass sie alle Käufer finden, welches auch ihre Quantität sein mag.“<sup>7</sup>

Folgt man dieser Annahme, so ist nur noch die Frage, wie sich denn nun der Preis „richtig“ bildet, wichtig. Wie schon erwähnt bildet sich der Preis entsprechend dem Ansatz der Grenznutzenschule nach der subjektiven Wertschätzung. Das bedeutet jedoch nicht, dass er willkürlich entstünde. Die Grenznutzenschule geht davon aus, dass Menschen ihre Bedürfnisse streng rational nach einer Rangfolge befriedigen. Jeder Schritt (Einheit) der Bedürfnisbefriedigung lässt den Wert des nächsten Schrittes sinken. Also: Wenn jemand Hunger hat, dann ist für ihn der erste Bissen der wichtigste, der mit dem höchsten Wert. Mit jedem Bissen sinkt dieser Wert, bis hin zur Sättigung, wo jeder weitere Bissen keine Bedürfnisbefriedigung, sondern bestenfalls Übelkeit nach sich zieht. (negativer Grenznutzen) Der Wert oder Preis wird von der Wertschätzung der letzten Einheit VOR der Sättigung bestimmt.

---

<sup>5</sup> Allerdings muss hier darauf hingewiesen werden, dass die Bestimmung des Wertes durch Arbeit bei Smith und auch teilweise bei Ricardo nicht durchgängig auftritt. Sie haben selbst auch Ansätze für die subjektive Wertauffassung geliefert.

<sup>6</sup> Say versuchte, die in der bürgerlichen klassischen Ökonomie verkörperten Interessen des Bürgertums mit denen des Adels und des Klerus in Übereinstimmung zu bringen. Entsprechend hob er ausgehend von Inkonsequenzen der klassischen Ökonomie hervor, dass gerade die Grundbesitzer es seien, die durch ihren Konsum die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Produktion ermöglichen.

<sup>7</sup> J.B. Say, Ausführliches Lehrbuch der praktischen Politischen Oekonomie, Zweiter Band, Leipzig 1845, S. 11-19

---

GRENZNutzenschule heißt sie deshalb, weil es ihr bei der Wert- bzw. Preisbestimmung eben um diese Grenzsituation zwischen „Benötigen“ und „Sattsein“ geht. Einer der Begründer der Schule, Carl Menger, bestimmt den Wert folgendermaßen: „Der Werth eines concreten Gutes... ist... gleich der Bedeutung, welche die am wenigst wichtigen von den durch die verfügbare Gesamtquantität noch gesicherten und mit einer solchen Theilquantität herbeizuführenden Bedürfnisbefriedigungen für das obige Subject haben.“<sup>8</sup>

Die Vertreter dieser Richtung führen schließlich alle wirtschaftlichen Prozesse, Arbeitsteilung, Austausch, Umverteilung, Produktion, Investition auf dieses Schema (individueller) Bedürfnisbefriedigung zurück. Damit verschwindet jedoch die Eigengesetzlichkeit von Produktion, von Umverteilung etc. aus dem Blickfeld. Klassenverhältnisse wie soziale Beziehungen überhaupt lösen sich in Konsumentenverhalten auf.

*Im Mittelpunkt steht die Analyse des Austausches, ausgehend von der individuellen Konsumtion. Der Mensch wird primär als Verbraucher, nicht als Produzent betrachtet. Eine Analyse der Produktion sowie der Umverteilungsverhältnisse und der dort wirkenden Gesetzmäßigkeiten wird nicht vorgenommen.*

Die Grenznutzenschule teilt sich nun ihrerseits wieder in unterschiedliche Strömungen. Die Österreichische Schule<sup>9</sup> (Carl Menger, Eugen von Böhm-Bawerk) konzentriert sich vor allem auf den subjektiven Charakter der Entscheidungsprozesse in wirtschaftlichen Abläufen. Sie verkörpert so einen gesellschaftskonzeptionellen Anspruch. Diese Schule beeinflusst über Ludwig von Mises und Friedrich von Hayek die Entwicklung des Neoliberalismus unmittelbar. Die *Lausanner Schule* (Leon Walras, Vilfredo Pareto) modelliert Bedürfnisbefriedigung in mathematischen Funktionen und versucht so, Entscheidungsprozesse von Konsumenten und Produzenten widerzuspiegeln. Sie ist einer der Ausgangspunkte der mathematisierenden Richtung ökonomischer Theorien, die in das Primat des Modelldenkens gegenüber der Analyse der realen wirtschaftlichen Prozesse in den ökonomischen Wissenschaften einführt. Bereits William Stanly Jevons entwickelt diesen Ansatz sehr konsequent. Er betont als Weg der Erkenntnis die Deduktion<sup>10</sup>, also die Ableitung von Erkenntnis aus den

---

<sup>8</sup> Menger, Carl: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Erster, Allgemeiner Theil., Wien 1871, S. 107 (pdf-Version von Gerhard Grasmann für [www.mises.de](http://www.mises.de))

<sup>9</sup> Mitunter wird diese Schule auch als Wiener Schule bezeichnet.

<sup>10</sup> Deduktion bedeutet „Ableitung von Aussagen aus anderen Aussagen mit Hilfe bereits bewiesener bzw. bereits abgeleiteter Aussagen und entsprechender logischen Schlußregeln“ (Klaus, G./Buhr, M. (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch Band 1, Leipzig 1976, S. 247) Allerdings nutzt Jevons diese Methode keinesfalls so, dass er „bewiesene“ Aussagen zur Basis nimmt, sondern seine eigenen ideologischen Prämissen als bewiesen voraussetzt. Das ist das übliche Verfahren gerade neoliberaler Theorie, aber auch anderer bürgerlicher Denkrichtungen. Eine Beweis der Richtigkeit von Aussagen ist aber nur aus einer rückhaltlosen Akzeptanz der Praxis als Kriterium der Wahrheit zu erlangen. Indem bestimmte Bereiche gesellschaftlicher Praxis aber als irrelevant ausgeschlossen werden, bedeutet die Anwendung der deduktiven Methode in den hier betrachteten Denkrichtungen in der Regel eine Ideologisierung von Wissenschaft, eine Orientierung der Wissenschaft an den Interessen bestimmter sozialer Gruppen.

Modellen. Er meint, dass man von „offensichtlichen psychologischen Gesetzen“ ausgehend schrittweise die von der Gesellschaft produzierten Phänomene ergründen sollte. Gegenstand ökonomischer Wissenschaft seien dabei aber quantitative Beziehungen, die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gütermengen, zwischen Gütermengen und Zufriedenheit etc. Das Messen dieser Beziehungen sei das Entscheidende, was ökonomische Wissenschaft zu leisten habe.<sup>11</sup> Das Maximieren der Zufriedenheit in diesem quantitativen Sinne sei das „ultimative Problem“ seiner Wissenschaft. („to maximise pleasure, is the problem of economics“)<sup>12</sup> An anderer Stelle bezeichnet er seine Theorie als eine der „Mechanik von Nützlichkeit und Eigeninteresse“.<sup>13</sup>

Der prägende Vertreter der Lausanner Schule ist aber Leon Walras. Es stellt sich das Ziel, durch „die Anwendung der mathematischen Sprache und Methode... nicht allein die Gesetze der Bildung der Markt- oder Gleichgewichtspreise, sondern auch die der Änderung jener Preise zu beweisen, die Tatsachen zu analysieren und hierdurch den Grundsatz der freien Konkurrenz zu begründen.“<sup>14</sup> Mit der konsequenten Anwendung mathematischer Modelle stellt er die quantitativen Verhältnisse zwischen den Mengen verschiedener Güter in Relationen und gibt so dem psychologisierenden, subjektivistischen Grundansatz der Grenznutzenschule eine scheinbare Fundierung.

*Die Grenznutzenschule ist vor allem für Ludwig von Mises und die Österreichische Schule des Neoliberalismus wichtiger Bezugspunkt. Über die Grenznutzenschule geht das auf dem Sayschen Dogma beruhende Konzept angebotsorientierter Ökonomie und vor allem aber die Verabsolutierung des subjektiven Momentes<sup>15</sup> in die Tradition des Neoliberalismus ein.*

*Mit der Reduktion des Gegenstandes ökonomischer Theorie auf Analyse quantitativer Beziehungen verschwinden soziale Beziehungen bzw. der gesellschaftliche Gehalt ökonomischer Kategorien.*

*Aus der Lausanner Schule übernimmt das neoliberale Denken das Denken in Modellen, vornehmlich in mathematischen Modellen. Die von Walras eingeführte Behauptung, dass die Möglichkeit der Formulierung jeglicher wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse in mathematisch lösbarer Gleichungssystemen Probleme lösen würde, gehört zu den*

---

<sup>11</sup> Jevons, William Stanley: The Theory of Political Economy, London/New York 1888, S. 3, S.7 und S.16

<sup>12</sup> Jevons, William Stanley: The Theory... S. 37

<sup>13</sup> „...the theory here given may be described as the mechanics of utility and self-interest.“ in: Jevons, W.S.: The Theory... S. 21

<sup>14</sup> Walras, Leon: Mathematische Theorie der Preisbestimmung der wirtschaftlichen Güter, Stuttgart 1881, S. 3

<sup>15</sup> Später wird Ludwig von Mises hervorheben, dass gerade die Betonung des Subjektiven das wichtige dieser Schule sei, weshalb er die Grenznutzenschule unter die generelle Bezeichnung der subjektiven Theorien fasst. Vgl. Mises, Ludwig: Grundprobleme der Nationalökonomie, Gustav Fischer Jena 1933, S. 158



---

*faktischen Kernannahmen von ökonomischen Theorien im Rahmen des Neoliberalismus. Die Betonung der Erkenntnis wirtschaftlicher Prozesse durch Deduktion unterstützt, wie weiter unten gezeigt werden wird, den strengen axiomatischen Charakter des Neoliberalismus.*

## **Historische Schule**

Eine andere Reaktion ist (in Deutschland) die Historische Schule (Vertreter z.B. Wilhelm Roscher (1817-1894), Gustav Schmoller (1838-1917) und Lujo Brentano (1844-1931)). Sie versucht, die Gesellschaft und Ökonomie auf der Grundlage von Untersuchungen vergangener historischer Abläufe, vor allem der Rechts- und Staatsgeschichte, zu erklären. Dabei löst sie Geschichte aber in Einzelereignisse auf. Nicht die Wechselwirkungen von materiellen Veränderungen (also Veränderungen von Technik usw.) und Handeln von Menschen prägt die Geschichte, sondern die subjektiven Schöpfungen des Rechts und der politischen Entscheidungen seien letztlich bestimmend.

Die Ältere Historische Schule (z.B. Wilhelm Roscher, Georg Knies (1821-1898)) definiert ihren Gegenstand als „Lehre von den Entwicklungsgesetzen der Volkswirtschaft, des wirtschaftlichen Volkslebens.“<sup>16</sup> Das sagt erst einmal nicht viel, außer, dass Gesetzmäßigkeiten anerkannt werden. Was unter diesen Gesetzmäßigkeiten verstanden wird, ist aus folgender Erläuterung Wilhelm Roschers als Haupt dieser Schule abzuleiten:

„Wie jedes Leben, so ist auch das Volksleben ein Ganzens, dessen verschiedenartige Aeußerungen im Innersten zusammenhängen. Wer daher eine Seite desselben wissenschaftlich verstehen will, der muß alle Seiten kennen. Und vornehmlich sind es folgende sieben Seiten, die hier in Betracht kommen: Sprache, Religion, Kunst, Wissenschaft, Recht, Staat und Wirthschaft... ohne Religion würden alle übrigen ihres tiefen Grundes und höchsten Ziels entbehren;...so hat endlich jedes menschliche Verhältniß, selbst die erhabensten und süßesten nicht ausgenommen, seine wirtschaftlichen Interessen.“ Dabei sei das Verhältnis von „Recht, Staat und Wirthschaft“ zentral.<sup>17</sup>

Er setzt fort:

„Auch wurzeln Staat, Recht und Wirthschaft dermaßen in der geistigen und leiblichen Unvollkommenheit des Menschen, daß ihre Fortdauer über das irdische Leben hinaus kaum denkbar erscheint. Innerhalb dieser Gränze aber sind die Gebiete, die Gegenstände ihres Wirkens fast congruent, nur daß sie dieselben aus verschiedenen Gesichtspunkten her betrachten.“<sup>18</sup>

In den folgenden Ausführungen allerdings treten Staat und Recht gegenüber der „Wirtschaft“ deutlich in den Vordergrund. Der weiter oben verkündete

---

<sup>16</sup> Roscher, Wilhelm: System der Volkswirtschaft, Ein Hand- und Lesebuch für Geschäftsmänner und Studierende. Erster Band, die Grundlagen der Nationalökonomie enthaltend, Stuttgart und Tübingen 1854, S. 22

<sup>17</sup> Roscher, Wilhelm: System ... S. 22

<sup>18</sup> Roscher, Wilhelm: System ... S. 23

methodische Grundsatz, dass Religion allen übrigen Bereichen des „Volkslebens“ „tiefen Grund“ und „höchstes Ziel“ verleiht wird hier auf Staat und Recht erweitert. Ökonomische Wissenschaft gerinnt so im Kern zur Illustration der Verfolgung „höherer Zwecke“, wie es denn bei Roscher auch der Fall ist. Obwohl er in seinem Buch über die Gesellschaft und die Volkswirtschaft spricht, kommt die Produktion und die in ihr wirkenden Beziehungen nicht vor – den überwiegenden Teil der Darlegungen kann man als (durchaus interessante) Darlegung der Geschichte des Tausch- und Geldwesens betrachten. Selbst in den Teilen, in denen er über Arbeitsteilung und Eigentum spricht, bleibt es Wirtschaftsgeschichte, zu einer theoretischen Durchdringung stößt er nicht vor. „Kapitalien“ entstehen für ihn „hauptsächlich durch Ersparniß“<sup>19</sup>, nicht etwa aus der Eigenheit kapitalistischer Produktion als Anwendung von Lohnarbeit und den damit verbundenen Eigentumsverhältnissen. Wie diese „Ersparniß“ tatsächlich realisiert werden kann, interessiert ihn nicht.

Selbst bürgerliche Dogmenhistoriker kommen zu dem Schluss, dass Roscher „Verständnis für alles und jedes“ gehabt habe und in der „Botanisiertrommel seiner Bücher jeden Vorgang und jede Theorie“ gesammelt habe – ohne eigenen theoretischen Standpunkt.<sup>20</sup>

*Der platte Historismus der Älteren Historischen Schule und die Rückführung der Bewegung wirtschaftlicher Verhältnisse auf das Religiöse und das Politische bietet dem Neoliberalismus den Ansatz, mit Verweis auf die Unfähigkeit des Historismus, wirtschaftliche Prozesse zu erklären, jegliche Geschichtlichkeit zu leugnen, das Werden gesellschaftlicher Beziehungen aus der Betrachtung auszuschließen und sich auf „das Gegebene“ zu beschränken. Dieses Gegebene ist „von außen“ – nämlich durch ewige Normen welcher Art auch immer - legitimiert.*

Die Vertreter der Jüngeren Historischen Schule (z.B. Gustav Schmoller, Lujo Brentano) werden wegen ihres Engagements in der Sozialpolitik auch als „Kathedersozialisten“ oder „Staatssozialisten“ bezeichnet. Sie waren vor allem bürgerliche Professoren (daher „Kathedersozialisten“), die ihre sozialreformerischen Ansätze in die SPD einbringen (vor allem Lujo Brentano) oder auf dem Wege der Reform der monarchistischen Strukturen (Gustav Schmoller<sup>21</sup>) eine sozialere Gesellschaft aufbauen wollten. „Staatssozialisten“ deshalb, weil sie Gesellschaftsentwicklung so oder so vor allem als staatliche Aktion verstanden wissen wollen. Sie betonen die Rolle „sittlicher“ Motive für die Entwicklung der Wirtschaft und weisen dem Staat dementsprechend eine zentrale Funktion als Wächter dieser Sittlichkeit zu. Auch finden wir hier z.B. bei Brentano die Position,

---

<sup>19</sup> Roscher, Wilhelm: System ... S. 70

<sup>20</sup> so Edgar Salin, zitiert in Behrens, Fritz: Grundriss der Geschichte der Politischen Ökonomie Band 3, Akademie-Verlag Berlin 1979, S. 152f.

<sup>21</sup> Gustav Schmoller wurde für seine Verdienste 1908 geadelt. Außerdem gehört er zu den Gründern des „Vereins für Socialpolitik“, der lange Zeit Diskussionsplattform des sozial orientierten liberalen Bürgertums war. Der Verein existiert auch heute noch und übt nach wie vor erheblichen Einfluss auf die akademischen und politischen Diskussionen aus. siehe <http://www.socialpolitik.org/>

---

dass nicht die Überwindung des Warencharakter der Arbeitskraft (also die Überwindung des Lohnarbeitsverhältnisses als Ausbeutungsverhältnis – dies war Teil sozialdemokratischer Programmatik<sup>22</sup>) und die Beschränkung des Marktes im Interesse der Arbeiter sei, sondern die „konsequente Anwendung der Grundprinzipien der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ – allerdings eben vor dem Hintergrund des ordnenden Staates.

Vor allem die Jüngere Historische Schule spielte eine große Rolle bei der Konstituierung der sozialreformerischen Politik im Deutschen Kaiserreich. Die von ihnen vertretenen Positionen trugen maßgeblich zur Herausbildung der reformistischen Strömung in der ArbeiterInnenbewegung bei. Vor allem Georg von Vollmar spielte als prominentes Mitglied der Sozialdemokratie eine wichtige Rolle bei der schrittweisen Durchsetzung „kathedersozialistischer“ Vorstellungen in der Partei. Sie waren in der Sache wichtiger Bezugspunkt für die von Eduard Bernstein dann auch in Abgrenzung zu Marx vertretenen Positionen.

*Während die Grenznutzenschule oder „subjektive Theorie“ als unmittelbarer Ausgangspunkt neoliberaler Wirtschaftstheorie betrachtet werden kann, ist das bei der Historischen Schule weniger eindeutig. Auf der einen Seite bereitet die Historische Schule mit ihrem beliebigen Historismus und der sozialreformerischen Ausrichtung den Boden für den Neoliberalismus, vor allem, indem sich die Schule dezidiert gegen die Marxsche Tradition in der Arbeiterbewegung richtet. Auf der anderen Seite ist sie aus genau den gleichen Gründen Gegenstand der Kritik seitens wichtiger Vertreter der neoliberalen Strömungen, an erster Stelle Ludwig von Mises und Walter Eucken. Die Historische Schule und Marx sind die beiden entscheidenden Gegner, auf die sich der Neoliberalismus in seiner Entstehungsphase bezieht. Vor allem für die später noch zu behandelnde Freiburger Schule des Neoliberalismus bildet die Historische Schule mit ihrer Betonung der Rolle des Rechtes und des Staates in der Geschichte trotzdem letztendlich eine Quelle.*

### **Weitere theoretische Ansätze, die für die Entstehung des Neoliberalismus von Bedeutung sind**

Neben diesen beiden wichtigsten Quellen des Neoliberalismus nimmt dieses Konzept natürlich auch weitere Diskussionen auf. Neue Theorien bilden sich ja nicht isoliert, sondern immer in Bezugnahme auf und in Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen.

#### Neoklassik

In Großbritannien, dem Heimatland der Klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie, war es im 19. Jahrhundert zu einer Stagnation der theoretischen

---

<sup>22</sup> Vgl. dazu z.B. das Erfurter Programm der SPD von 1891, <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm> (Stand 04.03.2010)

---

Debatten gekommen. Die Historische Schule und die Grenznutzenschule hatten ihre Basis in Kontinentaleuropa.

In Absetzung von Historischer und Grenznutzenschule versucht die in Großbritannien entstehende Neoklassik formal an die Tradition bürgerlich-klassischen ökonomischen Denkens, also an Smith und Ricardo anzuknüpfen und deren Erkenntnisse mit den neueren Entwicklungen und Theorien (vor allem der Grenznutzenschule) zu verknüpfen. Dafür steht vor allem Alfred Marshall (1842-1924) mit seinem Hauptwerk „Principles of Economics“ an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Im Vorwort zur 1. Auflage dieses Werkes (1890) heißt es:

„The present treatise is an attempt to present a modern version of old doctrines with the aid of the new work, and with reference to the new problems, of our own age.“<sup>23</sup>

Sein theoretischer Ansatz wird entsprechend dem Titel seines Hauptwerkes auch als „Economics“ bzw. „Allgemeine Wirtschaftslehre“ bezeichnet.

Diese „moderne Version“ schließt aber aus den weiter oben schon betrachteten Gründen die arbeitswerttheoretischen Auffassungen der bürgerlichen Klassik aus. In Anknüpfung an die Grenznutzenschule betrachtet er Kosten als „entgangenen Nutzen“. Zins und davon abgeleitet der Profit sind für ihn „Entgelt für das Opfer, das im Abwarten des Genusses“ bestehe.

Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Frage, wie ein Gleichgewicht der Märkte erreicht werden kann und welche Rolle dabei die Preise spielen. Diese Frage hatte zum Ende des 19. Jahrhunderts an Bedeutung gewonnen, da die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus Erklärungen erforderte, die die Grenznutzenschule und die Historische Schule nicht liefern konnten. Vor dem Hintergrund der regelmäßig auftretenden Wirtschaftskrisen wie auch der täglichen Probleme unternehmerischen Geschäftes ist das eine auf praktische Wirksamkeit angelegte Theorie.

Auch befasst er sich mit dem Problem der Monopolisierung. Dahinter steht auch eine reale ökonomische Entwicklung. Wir sind Ende des 19. Jahrhunderts mit der Entstehung großer und größter Industrieunternehmen sowie mit dem von Kartellen (also Zusammenschlüssen zur Preisabsprache) konfrontiert. Damit funktioniert der klassische Konkurrenzmechanismus nicht mehr. Unternehmen bzw. Unternehmensverbände waren in der Lage, Preise zu bestimmen und dies durch die Regulierung der eigenen Produktion abzustützen. Die Konkurrenzverhältnisse auf den Märkten veränderten sich also. Die ökonomische Wissenschaft war gefordert, diese Veränderungen zu erklären und Konsequenzen vorzuschlagen.

Unter Nutzung vor allem mathematischer Verfahren strebt Marshall an, die Bewegung von Angebot und Nachfrage genau zu fassen, um die skizzierten Probleme zu lösen.

Im Unterschied zur Grenznutzenschule versucht er allerdings, den sozialreformerischen Ansatz der Historischen Schule in seinen theoretischen Ansatz zu integrieren. Der Ansatz der Grenznutzenschule bot keine Möglichkeit, auf die

---

<sup>23</sup> Marshall, Alfred: Principles of Economics. New York 1997 (Reprint der Ausgabe von 1920), S. xi

erstarkende Arbeiterbewegung wirkungsvoll zu reagieren. Die Grenznutzenschule ignorierte schlichtweg diese Probleme. Marshall war offensichtlich bewusst, dass die in der Grenznutzenschule praktizierte Ignoranz gegenüber den realen existenziellen Problemen der Arbeiter der Wirksamkeit seiner Theorie Grenzen setzen würde. In den „Principles of Economics“ versucht er von vornherein nicht einfach die abstrakte individuelle Nutzenmaximierung, sondern das „Wohlergehen“ (wellbeing) zu einem seiner Bezugspunkte zu machen. Er setzt in diesem Sinne die religiösen und die ökonomischen Beweggründe gesellschaftlichen Handelns in ihrer Bedeutung gleich.<sup>24</sup> Fragen, wie die nach der Rolle öffentlicher Güter, oder allgemeiner Reproduktionsbedingungen des Kapitals, spielen bei Marshall im Unterschied zur Grenznutzenschule eine Rolle.<sup>25</sup> Dabei kann er sich durchaus auf Adam Smith berufen, der keinesfalls Gegner staatlicher Interventionen war. Bildung z.B. betrachtete Smith durchaus als eine notwendig durch den Staat zu erbringende Leistung.

Dazu untersuchte Marshall auch die Bestimmungsgrößen des Arbeitslohnes und betont das „moralische Moment“ – also den Einfluss von sozialen und kulturellen Faktoren auf die Höhe des Arbeitslohnes.<sup>26</sup>

Weitere Vertreter dieser Richtung sind Gustav Cassel (1866-1945) und Adolf Weber (1876-1963).

*Für die Entwicklung des Neoliberalismus ist vor allem der Ausbau der Gleichgewichtsvorstellung durch die Neoklassik von Bedeutung, wie auch die mathematisch dominierte Methodologie.*

## Franz Oppenheimer („Libertärer Sozialismus“)

Zu den relevanten Quellen neoliberaler Theorie und Politik ist weiterhin *Franz Oppenheimer* (1864-1943) zu zählen. In der dogmenhistorischen Literatur, auch der linken, wird er seltener erwähnt. Oppenheimer hat offensichtlich um 1900 einen aber solchen Einfluss gehabt, dass Rosa Luxemburg seine Auffassungen als wichtige Ausgangspunkte für das revisionistische Konzept Eduard Bernsteins betrachtete.<sup>27</sup> Sie kritisierte Bernstein, ausdrücklich Bezug nehmend auf Auffassungen Oppenheimers, folgendermaßen:

„Wenn er von dem allgemeinmenschlichen Charakter des Liberalismus spricht und den Sozialismus in seine Abart verwandelt, was tut er anderes, als dem Sozialismus den Klassencharakter, also den geschichtlichen Inhalt, also überhaupt jeden Inhalt nehmen und damit

---

<sup>24</sup> Marshall, Alfred: Principles of Economics. New York 1997 (Reprint der Ausgabe von 1920), S. 1

<sup>25</sup> Marshall, Alfred: Principles of Economics ... S. 134f.

<sup>26</sup> Marshall, Alfred: Principles of Economics ... S. 69 In einer eigenen Beilage zu seinem Buch entwickelt er unter Bezugnahme auf damals aktuelle Diskussionen dann eine eigene Sicht auf die „Theorie des Arbeitslohnfonds“. Dieser Teil ist in der hier zur Verfügung stehenden Quelle nicht abgedruckt. Ich folge hier der russischsprachigen Ausgabe A. Marshall: Prinziipy polititscheskoy ekonomii III., Moskva 1984, S. 285ff.

<sup>27</sup> Luxemburg, Rosa: Sozialreform oder Revolution; in: dieselbe Gesammelte Werke Band 1 1893 bis 1905 Erster Halbband Berlin 1979 S. 438

---

umgekehrt die historische Trägerin des Liberalismus, die Bourgeoise, zur Vertreterin der allgemeinemenschlichen Interessen zu machen?“<sup>28</sup>

Franz Oppenheimer liegt bereits mit seinen ersten Werken in den neunziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts in Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie. Er bezeichnet sich wiederholt und ausdrücklich als Schüler Marx und meint, das Ziel des Sozialismus im Sinne einer gerechten Verteilung zu verfolgen. Für ihn ist das Problem nicht das kapitalistische Eigentum, sondern das private Bodeneigentum. Dieses sei künstlich durch Gewalt zu einer „Bodensperre“ aufgebaut worden. Dadurch könnten die Arbeiter sich nicht frei auf dem Markt bewegen und seien daher gezwungen, zu schlechten Bedingungen in den Fabriken zu arbeiten. Die Beseitigung dieser Bodensperre würde dazu führen, dass Arbeiter jederzeit sich auf freiem Land niederlassen und Landwirtschaft betreiben könnten. Das würde den Lohn der in den Fabriken Arbeitenden nach oben treiben. Damit wäre die Soziale Frage ohne Veränderung der Eigentumsverhältnisse gelöst. Die Freisetzung der Konkurrenz, nicht ihre Zügelung sei die richtige Forderung.

Im Entwurf einer Utopie seines Zukunftsstaates bzw. einer zukünftigen Gesellschaft führt er aus:

„Sie ist grundsätzlich mit allen Zügen die heutige Gesellschaft, nur gibt es kein massenhaftes geschlossenes Großeigentum an Grund und Boden.“<sup>29</sup>

An anderer Stelle heißt es:

„Wir beschuldigen die Bodensperre, die allein Schuldige an den Schäden des Kapitalismus zu sein.“<sup>30</sup>

Diese Thesen stammen aus seinem Buch „Weder Kapitalismus noch Kommunismus“, das 1919 erschien. Er selbst schrieb zur Entstehung des Buches:

„Höchste Eile schien geboten. Die kommunistische Revolution hatte in Bayern und Ungarn ihre kurze Herrschaft angetreten, der Bürgerkrieg drohte, ganz Deutschland in Flammen zu setzen. Da fühlte auch ich die Verpflichtung des Patrioten, der sich Fachmann nennen darf, zu versuchen, ob es nicht gelingen könnte, durch ein Wort zur rechten Zeit sozusagen den Rossen des Schicksals in die Zügel zu fallen, um sie noch im letzten Augenblick vom Abgrund zurückzureißen.“<sup>31</sup>

Oppenheimer lehnt Bestrebungen, die Lösung der sozialen Probleme mit Veränderungen der Eigentumsverhältnisse und gesellschaftlicher Planung zu verbinden, konsequent ab. Aus seiner Sicht geht es um eine Synthese, die die Lehren von sozialer Gerechtigkeit und der förderlichen Wirkung der Konkurrenz (einschl. einem weitgehenden Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsleben) miteinander in Einklang bringen soll. Diese Synthese sei, so Oppenheimer, der liberale Sozialismus<sup>32</sup>:

---

<sup>28</sup> Luxemburg, Rosa: Sozialreform ... S. 438

<sup>29</sup> Oppenheimer, Franz; Weder Kapitalismus noch Kommunismus; Stuttgart 1962; S. 193; diese Auflage entspricht der Fassung der Schrift von 1931.

<sup>30</sup> Oppenheimer, Franz; Weder Kapitalismus noch Kommunismus; Stuttgart 1962 S. 200

<sup>31</sup> Oppenheimer, Franz; Weder Kapitalismus noch Kommunismus; Stuttgart 1962 S. VII

<sup>32</sup> Oppenheimer, Franz; Weder Kapitalismus noch Kommunismus; Stuttgart 1962 S. 183

---

„Sie ist Synthese, weil sie das Ziel, den Sozialismus, mit den Mitteln des Liberalismus erreichen zu können behauptet, und zwar durch Entfesselung der Konkurrenz, durch Herstellung der freien Konkurrenz zum ersten Male in aller Weltgeschichte seit dem Zeitalter der Wanderung und Eroberung, durch Entthronung der beschränkten Konkurrenz, der allein Schuldigen.“<sup>33</sup>

Daher die Bezeichnung „Libertärer Sozialismus“.

Ausgehend von der freien Verfügbarkeit des Bodens und der seiner Auffassung nach damit gegebenen Mobilität der Arbeitskraft auf der Grundlage eines vor allem in der Landwirtschaft entwickelten Genossenschaftssektor (auf der Basis der Siedlungsgenossenschaft<sup>34</sup>, einem von ihm bereits früher entwickelten Modell) und uneingeschränkter Konkurrenz sollen sich die sozialen Probleme der damaligen Gesellschaft lösen. Die Gewerkschaften verschwinden mit dem Klassenkampf, dagegen „bauen Genossenschaften aller Art auf allen Flügeln und Fronten des sozialen Gebäudes an dessen Sicherung und Ausgestaltung.“<sup>35</sup> In diesem Gesellschaftskonzept sieht Oppenheimer die Grundlage für die Eroberung der politischen Macht durch die Klasse der Nichtkapitalisten: „Dazu braucht es eines Programms, das allen diesen Schichten gleich angenehm ist... Das im vorigen Abschnitt entworfene Bild einer möglichen Zukunftsgesellschaft gibt ein solches Programm.“<sup>36</sup>

Ebenfalls im Jahr 1919 veröffentlicht Oppenheimer das Buch „Die soziale Frage und der Sozialismus“.<sup>37</sup> Hier stellt er explizit seine Fassung der Sozialen Frage an den Beginn der Darlegungen:

„Seit drei Jahrhunderten stellt die soziale Sphinx der Menschheit die drohende „Frage“: „Was ist die Ursache der sozialen Not?“ – und seit drei Jahrhunderten erklingt immer wieder die gleiche Antwort: „Das Monopol“... Denn der Begriff des Monopols ist in Wahrheit der Hauptschlüssel, der alle versperrten Pforten der nationalökonomischen Wissenschaft öffnet...Wo kein Monopol besteht, da herrscht wirtschaftliche Vernunft und Gerechtigkeit. Denn da tauscht sich Wert haarscharf gegen Wert; da erhält jeder Arbeitende genau den Gegenwert seiner Arbeit, nicht mehr und nicht weniger; da gibt es...keinen Mehrwert

---

<sup>33</sup> Oppenheimer, Franz; Weder Kapitalismus noch Kommunismus; Stuttgart 1962 S. 184

<sup>34</sup> vgl. dazu Oppenheimer, Franz: Grossgrundeigentum und soziale Frage. Versuch einer neuen Grundlegung der Gesellschaftswissenschaft; Jena 1922; Hier stellt er u.a. die These auf, dass „das agrarische Grossgrundeigentum ein fremdes Gebilde im Körper der entwickelten Tauschwirtschaft“ sei. ebenda S.VIII; Oppenheimer selbst verweist in diesem Zusammenhang auch auf seine Schrift „Theorie der reinen und politischen Ökonomie“, in der er die Zusammenhänge erschöpfend entwickelt sieht.

<sup>35</sup> Oppenheimer, Franz: Weder ... a.a.O. S. 198

<sup>36</sup> Oppenheimer, Franz: Weder Kommunismus ... a.a.O. S. 205

<sup>37</sup> Oppenheimer, Franz: Die soziale Frage und der Sozialismus. Eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie. Jena 1919 Die Aussagen des Bandes überschneiden sich an vielen Stellen mit denen aus Weder Kapitalismus...usw. Oppenheimer vermerkt einfühend, dass er für die Schrift auch Teile anderer Werke genutzt einbezogen hat.

---

auf der einen, und keinen Minderwert auf der anderen Seite. Und zwar wird das bewirkt durch die arg verschrieene „freie Konkurrenz“<sup>38</sup>.

Wenig später formuliert er die Soziale Frage in gleichem Sinne – also als Frage des Monopols - , aber in anderer Weise folgendermaßen: „Denn die soziale Frage ist nichts anderes als die Frage des Mehrwerts. Die wissenschaftliche soziale Frage lautet: Was ist die Ursache des Mehrwerts? Und die praktische soziale Frage lautet: Wie ist die Ursache des Mehrwerts und damit dieser selbst zu beseitigen?“<sup>39</sup> Dem Gang der Darstellung also lautet die Soziale Frage bei Oppenheimer: Wie ist das Monopol zu beseitigen? Oppenheimer erkennt durchaus die Klassenstruktur der Gesellschaft an; die Ursache liegt für ihn, wie sich weiter oben schon zeigte, im Monopol an Grund und Boden, das er ausschließlich politisch erklärt: Das Bodenmonopol sei ein rechtliches, „durch Sperrung“<sup>40</sup>. Dementsprechend fasst er den real existierenden Kapitalismus nicht als „normale Phase der Wirtschaftsentwicklung“, wie dies „die älteren Nationalökonomien“ und Marx getan hätten, sondern als „Folge einer außerökonomischen Störung des normalen Wirtschaftsverlaufes, nämlich der durch Waffengewalt geschaffenen Bodensperre, die das Klassen-Monopol-Verhältnis setzte.“<sup>41</sup> Logisch ergibt sich daraus, dass die Lösung der Sozialen Frage eine juristische ist, eine, die die „außerökonomische Störung des normalen Wirtschaftsverlaufes“ aufhebt (dies können auch schrittweise erfolgen) und fortan die völlig freie Konkurrenz sichert.

In eine ähnliche Richtung gehen Ideen Silvio Gesells (1862-1930) und Rudolf Steiners (1861-1925). So schreibt Silvio Gesell:

„In völliger Übereinstimmung mit dieser Richtigstellung der Kapitallehre zeigt sich dann, daß, wenn wir gewisse künstliche Hemmungen beseitigen, die von unserem verkehrten Bodenrecht und unserem ebenso verkehrten Geldwesen herrühren, und wir dadurch erst unserer heutigen Wirtschaftsordnung zur vollen Entfaltung ihres urgesunden Grundgedankens [der Konkurrenz bzw. des Eigennutzes] verhelfen, die Arbeiter es ganz in der Hand haben, durch ihre Arbeit die Marktverhältnisse in kürzester Zeit (10–20 Jahre) für das Kapital so zu gestalten, daß der Mehrwert restlos verschwindet und die Produktionsmittel die Kapitaleigenschaft einbüßen.“<sup>42</sup>

Dieser Gedanke der Versöhnung von Kapitalismus und Sozialem nicht durch Regulierung, sondern durch Freisetzung von Konkurrenz, findet sich im Weiteren in der noch zu behandelnden Freiburger Schule, aber auch in der ebenfalls noch darzustellenden Österreichischen Schule des Neoliberalismus. Außerdem war Oppenheimer der Doktorvater Ludwig Erhards und hat so auch unmittelbar personell die Entstehung der Freiburger Schule (siehe unten) und des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft (wird im Teil 2 der Einführung behandelt) beeinflusst.

---

<sup>38</sup> Oppenheimer, Franz: Die soziale Frage... a.a.O. S.3-4

<sup>39</sup> Oppenheimer, Franz: Die soziale Frage... a.a.O. S.10

<sup>40</sup> Oppenheimer, Franz: Die soziale Frage... a.a.O. S.14

<sup>41</sup> Oppenheimer, Franz: Die soziale Frage... a.a.O. 74

<sup>42</sup> Gesell, Silvio: Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, S.9, in Silvio Gesell, Gesammelte Werke, Band 11, Kiel 2009



---

*Oppenheimer gibt das Bild des „Arbeitskraftunternehmers“, wenn auch mit einer anderen Intention, an die späteren Neoliberalen weiter. Er liefert eine spezifische Begründung dafür, dass die ungehinderte Freisetzung der Marktkräfte der Weg zur Lösung aller sozialen Probleme sei.*

## Alois Schumpeter

Quer zu diesen Richtungen liegt Josef Alois Schumpeter (1883-1950). Bereits mit einer Schrift aus dem Jahr 1912 stellt er die statischen Gleichgewichtsvorstellungen der Neoklassik und Walras' (Grenznutzenschule) in Frage. Als Begründer der Konjunkturtheorie bringt er die Frage der Entwicklungsfähigkeit kapitalistischer Wirtschaften wieder in die Diskussion, hebt die Rolle des innovationsfreudigen Unternehmers hervor und konstatiert schließlich eine Tendenz zum Sozialismus, die er mit dem wachsenden Gewicht der Bürokratie im Staat begründet. Diese Frage wird dann auch von Ludwig von Mises ein wichtiger Bezugspunkt sein.

### ***Neue Problemkonstellationen in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts***

Wie Schumpeter auf der theoretischen Ebene, so stellt die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus zum Beginn des 20. Jahrhunderts und dann schließlich in den Jahren 1929ff. die Vorstellung eines wirtschaftlichen statischen Gleichgewichtes, auf das alles zustrebe, in Frage. Vor allem die Weltwirtschaftskrise 1929ff. zeigt, dass die bei den Neoklassikern noch vorhandene Bindung an das Saysche Axiom, dass jede Nachfrage sich ihr Angebot schaffe (also Krisen an sich nicht möglich seien), nicht ohne weiteres tragfähig ist. Die Neoklassik, die Grenznutzenschule oder die Historische Schule sind nicht in der Lage, die Krise zu erklären. Der Neoklassiker Adolf Weber sagt noch 1930, dass es keine Krisen mehr gäbe, nur Konjunkturschwankungen. Die vorhandenen Theorien können ebenfalls keine politisch überzeugenden Antworten auf die Forderungen und theoretischen Positionen der verschiedenen Strömungen der organisierten ArbeiterInnenbewegung geben. Auch ist es kaum möglich, mit den vorhandenen Vorstellungen die beständigen Monopolisierungstendenzen in der Wirtschaft zu erklären und Vorschläge für den Umgang mit diesen Tendenzen zu entwickeln.

*Die Konzepte von Keynes (der sich vom Sayschen Axiom trennt) und der Neoliberalismus sind zwei Richtungen, die versuchen, den Erklärungsnotstand bezüglich dieser neuen Entwicklungen zu überwinden. Beide versuchen auf unterschiedlichen Wegen, ausgehend von den skizzierten Vorläufern, kapitalistischem Wirtschaften eine neue Legitimationsbasis zu verschaffen.*

Der New Deal in den USA und die sich in den dreißiger Jahren entwickelnden kriegswirtschaftlichen Strukturen in Deutschland verschärfen diese Situation noch einmal. Die staatliche Intervention zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre in den USA wird in Teilen des Bürgertums als Schritt zum

---

Sozialismus und Bedrohung der bürgerlichen Ordnung betrachtet.<sup>43</sup> All dies setzt bürgerliche Ökonomie unter einen enormen Legitimationsdruck. Es muss die Frage beantwortet werden, wie diese Tendenzen zu bewerten und was ggf. Alternativen sind.

Ansetzend an die hier dargestellten Quellen entwickelt sich der Neoliberalismus in den 20er bis 40er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts in Deutschland (*Freiburger Schule oder Ordoliberalismus* mit Walter Eucken u.a.<sup>44</sup>), in Österreich (Ludwig von Mises, Friedrich von Hayek u.a.) und in den USA (*Chicago-Schule*, anknüpfend an Alfred Marshall und wiederum Friedrich von Hayek).

### ***Freiburger Schule bzw. Ordoliberalismus***

Franz Böhm (1895-1977) und Walter Eucken (1891-1950) entwickeln ausgehend von bzw. in Auseinandersetzungen mit Elementen der hier aufgeführten Quellen, vor allem der Historischen Schule, ein Konzept, das „Entgleisungen“ des Marktes durch seine Einbettung in einen weiten Rahmen zielgerichteter staatlicher Regulierung einbinden soll. Dieser Ausgangspunkt ist wichtig, weil er die folgenden Entwicklungen verständlich macht und auch erklärt, worin für viele Menschen die Faszination des Neoliberalismus bestand und besteht.

Der Ausgangspunkt wird von Franz Böhm über eine rechtliche, keine ökonomische Untersuchung gesetzt. In einem Aufsatz von 1928 untersucht er die Legitimität von Kartellen, also von Unternehmen, die durch ihre wirtschaftliche Macht in der Lage sind, andere Unternehmen in ihrer Handlungsfreiheit zu beschränken. Böhm untersucht an dieser Stelle tatsächlich nur Unternehmenskartelle genauer. Er beschreibt in diesem Zusammenhang aber auch den „kartellähnlichen Monopolismus“, der kraft „solidarischen Empfindens“ zu übereinstimmendem Handeln führen könne. Später werden auf dieser Grundlage und in dieser Logik Gewerkschaften als unzulässige Monopole betrachtet. Die aus „solidarischem Empfinden“ entstehenden Gewerkschaften würden auf der Seite der Arbeiter ein Monopol gegen die Unternehmer bilden und so die marktförmige Lohnfindung verhindern. Außerdem verhindern sie, dass einzelne Arbeiter sich mit den Unternehmern selbstständig marktwirtschaftlich über Lohn und Arbeitsbedingungen einigen können. Eine Sichtweise, die Franz Oppenheimer übrigens teilte.

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre kam es nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Entwicklung der Elektroindustrie, der Automobilindustrie, der Stahlindustrie und der Chemie zu enormen Konzentrationsprozessen. Diese setzten ihre Macht ein, um Konkurrenten zu verdrängen und Zulieferer zu günstigsten Konditionen zu

---

<sup>43</sup> Dazu mehr weiter unten im Zusammenhang mit der Darlegung der Auffassungen Ludwig von Mises'. Generell war der New Deal ein weitgehender und umkämpfter Kompromiss zwischen sehr verschiedenen politischen Kräften. Dabei spielten VertreterInnen des Großkapitals und des Großbürgertums (Anwälte usw.) unmittelbar eine große Rolle. Zudem sollte beachtet werden, dass bereits 1936 ein Teil der New-Deal-Gesetzgebung durch das Oberste Gericht der USA gekippt wurde. Dieses Urteil war Ausdruck der Vorbehalte breiter Kreise des Bürgertums gegen die staatlichen Interventionen als „quasi-sozialistisch“.

<sup>44</sup> Einige der Vertreter dieser Schule, z.B. Wilhelm Röpke, waren nach der Machtergreifung durch den Faschismus emigriert, standen aber trotzdem in engem Austausch mit dem Freiburger Kreis.

zwingen. Zwar war 1923 eine „Verordnung gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen“ (Kartellverordnung) erlassen worden – nur enthielt die eben kein Verbot von Kartellen. Die Ausführung der Verordnung oblag dem Reichswirtschaftsministerium und dem Kartellgericht.<sup>45</sup>

„Der Monopolisierungsgrad erhöhte sich besonders rasch unter dem Einfluß der Krise in den Jahren 1925/26, so dass wir nach Schätzungen Ende 1925 über 1.500 Kartelle und Hunderte von großen Konzernen in den entscheidenden Bereichen der Wirtschaft annehmen dürfen.“<sup>46</sup>

Böhm kritisiert vor diesem Hintergrund das bestehende Recht dahingehend, dass es diese Monopole, wie andere Unternehmen auch, wie Privatpersonen behandle. Tatsächlich maßen sich aber Monopole durch die Beschränkung der Handlungsfähigkeit anderer Unternehmen eine Funktion an, die nur dem Staat zustehe. Die Wirtschaft schaffe sich in den Unternehmen mit monopolistischer Marktmacht ein eigenes Recht, jenseits dessen des Staates. Der Staat dürfe und müsse daher gegen Monopole vorgehen. Die bestehende Kartellgesetzgebung war aus Sicht Böhm's nicht wirksam genug.<sup>47</sup> Bei der Begründung dieser Kritik geht Böhm davon aus, dass die Einführung der Gewerbe- und Konkurrenzfreiheit ein Akt staatlichen Willens gewesen sei.<sup>48</sup> Böhm fährt fort: „...ihr Inhalt besteht in nichts anderem als in der Errichtung einer anarchischen Wirtschaftsverfassung.“

„Anarchische Wirtschaftsverfassung“ bedeutet hier eine Wirtschaft, die nicht mehr durch Zünfte und feudale Privilegien reguliert wird, sondern durch die Marktkräfte. Ob das gut oder schlecht ist (der Begriff anarchisch ist ja oft negativ konnotiert) ist für Böhm zweitrangig. Die Konsequenz ist für ihn logisch:

„... so kann nur der Staat, aber nicht der Private die anarchische Wirtschaftsverfassung beseitigen und durch eine andere ersetzen, wenn sie sich nicht bewährt. Es folgt weiter, dass der Versuch Privater, die anarchische Wirtschaftsverfassung zu beseitigen, einen Übergriff des Privaten in die Prärogative des Staates in sich schließt, den abzuwehren der Staat berechtigt und verpflichtet ist.“<sup>49</sup>

Böhm gibt an dieser Stelle keine Begründung dafür, warum der Staat sich für die Zulassung einer „anarchischen Wirtschaftsverfassung“ entschieden haben könnte.

---

<sup>45</sup> Vgl. Eggmann, Emil: Der Staat und die Kartelle. Eine international vergleichende Untersuchung, Zürich 1945, S. 11ff. Eggmann spricht hier von einer „Anerkennung der Kartelle durch den Staat“, während Böhm es um deren Verbot ging. Deutschland, so Eggmann an gleicher Stelle, sei bis 1923 das „Land der Kartelle par excellence“ gewesen. Ein anderer Vertreter der Freiburger Schule, Alexander Rüstow, war mit dem Versuch, ein solches Verbot in diese Verordnung einzubringen, gescheitert; er soll u.a. auch deshalb das Reichswirtschaftsministerium 1925 verlassen haben. vgl. [http://www.sozialemarktwirtschaft.eu/Alexander\\_Ruestow.5164.0.html](http://www.sozialemarktwirtschaft.eu/Alexander_Ruestow.5164.0.html) (Stand 05.03.2010)

<sup>46</sup> Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Band III, Berlin 1977, S. 265f.

<sup>47</sup> Franz Böhm wird auch als Vater des bundesdeutschen Kartellrechtes und des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen betrachtet. Er selbst rechnet sich dies als seinen wichtigsten Erfolg zu.

<sup>48</sup> Böhm, Franz: Das Problem der privaten Macht, in: ders. Entmachtung durch Wettbewerb, hrsg. von T. Roser und W. Oswald, Berlin, 2007 S. 48

<sup>49</sup> Böhm, Franz: Das Problem... a.a.O. S. 48

---

Der Fakt der Entscheidung ist ihm wichtig. Diese Leerstelle wird dann im weiteren Verlauf der Entwicklung der Neoliberalen Schule gefüllt werden.

In diesem Zusammenhang ist das *Selbstverständnis* der Exponenten der entstehenden „Freiburger Schule des Neoliberalismus“ (Ordoliberalismus) interessant. In einem Aufsatz „Unsere Aufgabe“ schreiben 1936 Franz Böhm, Walter Eucken und Hans-Großmann-Doerth:

„Die Männer der Wissenschaft sind durch ihren Beruf und ihre Position außerhalb der wirtschaftlichen Interessen die einzigen objektiven, unabhängigen Ratgeber, die der staatlichen Wirtschaftspolitik und der öffentlichen Meinung einen zutreffenden Einblick in die schwierigen Zusammenhänge des Wirtschaftslebens geben und damit die Grundlage für die wirtschaftspolitische Urteilsbildung liefern können. Sie sind auch die einzigen, welche auf Grund einer genauen Kenntnis dieser Zusammenhänge, die durch dauernd neue theoretische Durchdringung sich ständig erweitert und verfeinert, sich ein fachliches, von eigenen unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen unabhängiges Urteil über zweckmäßige wirtschaftliche Maßnahmen bilden und solche in Vorschlag bringen können.“<sup>50</sup>

Sie nehmen also für sich die Position eines „interessenlosen“ Beraters und ein daraus abgeleitetes Interpretationsmonopol in Anspruch. Dies soll erst einmal festgehalten werden. Wir werden später darauf zurück kommen müssen.

Daneben sind für das Verständnis der neoliberalen Schulen (also der Freiburger Schule sowie der noch zu behandelnden Österreichischen und der Chicagoer Schule) eine weitere Prämisse von Interesse, die durch die Freiburger Schule in dem hier betrachteten Artikel in dann nicht wieder auffindbarer Deutlichkeit ausformuliert wird: die Ablehnung des „Fatalismus“ und des „Relativismus“. Es wird dabei die grundlegende Frage nach den Wegen der Erkenntnis von Gesellschaft und dem Charakter gesellschaftlicher Prozesse aufgeworfen. Zwar wird die Polemik durch Böhm, Eucken und Großmann-Doerth vordergründig gegen Tendenzen in der Rechtswissenschaft geführt, allerdings ist ihr Anliegen (wie sich in ihrer Auseinandersetzung mit Marx zeigt) grundlegender und umfassender Natur.

Als *Fatalismus* bezeichnen sie Auffassungen, die a) auch nur annähernd von einer Eigengesetzlichkeit gesellschaftlicher Entwicklung ausgehen und die b) wirtschaftliche Entwicklung als letztlich bestimmende Größe für die Entwicklung der Gesellschaft betrachten. Die Anerkennung von „hinter dem Rücken“ der Menschen wirkenden Gesetzen und Beziehungen wird als fatalistisch bezeichnet. Dies deshalb, weil damit angeblich Marx etwa der Auffassung sei, dass Entwicklung quasi im Detail vorherbestimmt sei, der Mensch keine aktive Rolle in der Geschichte spiele, Geschichte nicht gestaltbar wäre. Der „archimedische Punkt“, der „Glauben an ein natürliches System des Rechts und der Wissenschaft“ sei dadurch zerstört worden. Dem stellt die Freiburger Schule entgegen, dass sich ihre Theorie sich auf den Glauben daran gründet, dass Entwicklung primär durch politisch-staatliche Entscheidungen bestimmt werde, dass diese Entscheidungen gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung und den damit verbundenen gesellschaftlichen

---

<sup>50</sup> Böhm, Franz, Eucken, Walter, Großmann-Doerth, Hans: Unsere Aufgabe in: Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen 2008, S. 27

---

Beziehungen ursächlich seien. Das Primat komme „von Natur aus“ (nicht aus der Gesellschaft heraus) dem Recht und der Wissenschaft zu. An erster Stelle wird in diesem Sinne Marx kritisiert, an zweiter die Historische Schule.<sup>51</sup>

Der „*Relativismus*“ sei eine Tendenz, die habe in diesem Zusammenhang der „Rechtsidee“ ihre „Würde“ genommen, indem er die Meinung vertrete, dass der Inhalt der Rechtsidee der Veränderung des Rechtsstoffes folge.<sup>52</sup> Im Kern geht es hier auch um das Verhältnis von Realität auf der einen und ihrem rechtlichen und ideologischen Verständnis auf der anderen Seite sowie um ihre Wechselwirkung. Das Primat wird hier mit aller Deutlichkeit der „Idee“ zugemessen. Die Veränderungen der wirtschaftlichen Realität, etwa die Entstehung von Kartellen etc. werden dem Abweichen von der „Rechtsidee“, der Relativierung ihres „eigentlichen“ Gehaltes zugeschrieben.

Eucken konstatiert in diesem Sinne als Folge von „Fatalismus“ und „Relativismus“ in seinem 1939 erstmals erschienenen Werk „Grundlagen der Nationalökonomie“ das Fehlen einer „funktionsfähige(n) und menschenwürdige(n) Ordnung der Wirtschaft, der Gesellschaft, des Rechtes und des Staates.“<sup>53</sup> Diese soll durch das Ineinandergreifen von „nationalökonomischem Denken und Rechtsdenken“ geschaffen werden.<sup>54</sup> Und das „richtige“ nationalökonomische Denken ist eben – das Seine.

Diese Orientierung auf die „Ordnung der Gesellschaft“ hat der Freiburger Schule auch die Bezeichnung „Ordoliberalismus“ eingebracht und spiegelt sich auch in der Zeitschrift der Richtung mit dem Namen „ORDO“ wider. Über Franz Böhm wird in diesem Sinne der Gedanke eingebracht, dass der Wettbewerb als „Verfassungseinrichtung“ verstanden werden müsse. Er muss als solche, wie oben dargestellt, gegen jede Monopolbildung verteidigt werden, da durch das Monopol politische Macht entstünde, die ihrerseits die positiven wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen des Wettbewerbs verhindern würden.

Franz Böhm bleibt übrigens, jenseits aller realer Entwicklungen wie auch der Entwicklungen der von ihm mitbegründeten neoliberalen Richtung, in dieser Logik. Im Jahr 1958 schreibt er:

„Das subjektive Recht, die Wettbewerbsfreiheit, wird gewährt, damit der Wettbewerb als objektive Marktform Tatsache werde. [...] Nur wenn die Wettbewerbsfreiheit ausgeübt wird, kann der Wettbewerb als eine objektive Form wirtschaftlichen Kooperierens entstehen, und nur wenn Wettbewerb entsteht, können Wettbewerbspreise zustande kommen, und nur diese Wettbewerbspreise steuern die Produktion und die Verteilung so, wie sie nach der Konzeption dieser Ordnung gesteuert werden sollte. [...] der Wettbewerb ist eine Verfassungseinrichtung. Kommt kein Wettbewerb oder kein ausreichender Wettbewerb zustande,

---

<sup>51</sup> Böhm, Franz u.a. S.28f.

<sup>52</sup> Böhm, Franz u.a. S. 29

<sup>53</sup> Eucken, Walter, Die Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin, Heidelberg etc., 1989, S. 239, auch S. 52

<sup>54</sup> Eucken, Walter, Die Grundlagen ... S. 242

---

dann wird die verfassungsmäßig gewollte Lenkungs-kraft der Marktpreise beeinträchtigt. Güterproduktion und Verteilung werden in eine nicht gewollte Richtung dirigiert. Aber diese Fehl- lenkung der wirtschaftlichen Kooperation ist noch nicht einmal das Entscheidende. Noch schwerer wiegt die Störung des sozialen Gerechtigkeitsgehalts der freien marktwirtschaftlichen Systems. Es entsteht in den Händen von Privatpersonen Macht, die sie dazu in- stand setzt, ja geradezu dazu zwingt, Marktstrategie zu treiben, d.h. in die freie Wirtschaft hineinzuintervenieren, also etwas zu tun, was seinem Wesen nach Wirtschaftspolitik, Regierungsfunktion ist, nicht bloß privatwirtschaftliches Disponieren. Diese Macht hat die Natur eines feudalmäßigen Besitzstandes: freie Bürger werden der Botmäßigkeit anderer freier Bürger ausgesetzt und müssen sich von diesen ihren Mitbürgern zwangsmäßige Eingriffe in ihr berufliches und konsumtives Schicksal gefallen lassen, die sie von seiten ihrer Regierung nicht hinnehmen müssten.“<sup>55</sup>

*Die Freiburger Schule lieferte also im hier betrachteten unmittelbaren Entstehungsprozess der neoliberalen Grundströmung folgende Argumentationslinien:*

*Die Wirtschaftsordnung soll als Rechtsordnung und die Rechtsordnung als Umsetzung der Wirtschaftsordnung verstanden werden. Juristische Sichtweisen werden auf das Verständnis von Wirtschaft übertragen. Das erklärt zum Teil den strengen normativen Charakter der Aussagen neoliberaler ÖkonomInnen. Auf jeden Fall wird damit klargestellt, dass die Wirtschaftsordnung als solche nicht hinterfragbar ist, sie ist, weil sie politisch so entschieden wurde. Zu fragen, warum sie so politisch entschieden wurde, ist unzulässig. Es geht auch keinesfalls um eine Absage an staatliche Intervention, sondern um ein Konzept einer bestimmten Art und Weise staatlicher Intervention. Das skizzierte Selbstverständnis der beteiligten Wissenschaftler und ihres „Standes“ kennzeichnet diese Schule ebenso als ein elitäres Herrschaftskonzept.*

Allerdings musste die Freiburger Schule natürlich dann auch die Frage nach dem „Warum“ der von ihre erhobenen Forderungen beantworten. Der bloße Verweis auf eine „Idee“ an sich schien nicht hinreichend für die Begründung eines gesellschaftspolitischen Konzepts zu sein. Es musste also die Frage beantwortet werden, worin die Idee, die gegen Fatalismus und Relativismus zu verteidigen wäre, bestehen könnte. Walter Eucken untersucht diese Frage 1939 in seinen „Grundlagen der Nationalökonomie“. In einem scheinbaren Gegensatz zu seinen Äußerungen drei Jahre früher, in denen er den Historismus verdammt, will er nun einen Bruch zwischen „geschichtlicher Erfahrung“ und „theoretischer Forschung“ nicht zulassen. Er bringt beides zusammen, indem er ein „Fundamentalprinzip allen

---

<sup>55</sup> Böhm, Franz: Wettbewerbsfreiheit und Kartellfreiheit, ORDO, Bd. 10, S. 167-203 (1958)

---

Wirtschaftens“ konstatiert, dass darin bestünde, dass Menschen immer dem „wirtschaftlichen Prinzip“<sup>56</sup> folgten. Er definiert das „wirtschaftliche Prinzip“ so:

„Stets nämlich und überall suchen die Menschen in ihren wirtschaftlichen Plänen und damit in ihren Handlungen einen bestimmten Zweck mit einem möglichst geringen Aufwand an Werten zu erreichen.“<sup>57</sup>

Natürlich müsse sich dieses Prinzip immer entsprechend den Gegebenheiten durchsetzen – aber:

„Die Ansicht des Historismus, der Mensch wandle sich im Laufe der Entwicklung vollständig, widerspricht den Tatsachen.“<sup>58</sup>

Der Haken ist – dass sich Menschen „vollständig“ ändern, hat in dieser Weise niemand, auch nicht die Historische Schule, und schon gar nicht Marx behauptet. Tatsächlich geht es auch gar nicht darum. Eucken selbst spricht ja von den verschiedenen Erscheinungsformen, in denen sich das „wirtschaftliche Prinzip“ durchsetze. Verschiedene „Erscheinungsformen“ bedeutet, dass sich die Menschen eben doch verändert haben müssen – ansonsten wäre die Konstatierung *verschiedener* Erscheinungsformen des gleichen Prinzips unsinnig. Es geht Eucken in der Tat hier vielmehr um die Bewertung der Veränderungen „des Menschen“. Entgegen den historischen Tatsachen behauptet er, dass der Tausch von Waren auf einem Markt vor Jahrtausenden das Gleiche sei, wie der Tausch von Waren auf den kapitalistischen Märkten. Natürlich dienen Produktion und Austausch immer irgendwie in letzter Konsequenz der Befriedigung von Bedürfnissen – aber die Wege auf denen schließlich Bedürfnisse befriedigt werden, unterscheiden sich extrem. Indem er das „wirtschaftliche Prinzip“ zum Ausgangspunkt wählt, abstrahiert er vom eigentlich Interessanten und Wesentlichen, eben jenen Formen, in denen Bedürfnisse befriedigt werden, also von den Beziehungen, die die Menschen zu diesem Zwecke eingehen und eingehen müssen.

In der Tat wird nicht das „wirtschaftliche Prinzip“ als ewig gesetzt, sondern das Verhalten als Marktagent, wobei alles Handeln im Kern als kapitalistische Unternehmungen betrachtet werden. Dementsprechend ist für Eucken das Opfer an die Götter Teil des wirtschaftlichen Prinzips, da ja eine Gegenleistung (Opfer gegen Gunst der Götter) erwartet wurde. Insoweit unterscheidet sich der Austausch von Waren nicht vom Opfer an die Götter. Mit dieser Sicht auf Geschichte kann man dann auch die Klassifizierung einer Gesellschaft als „kapitalistisch“ oder sonst wie ohnehin als unzulässig ablehnen, da ja nicht „wirtschaftliche Prinzip“ dieser Unterscheidung Ausgangspunkt sei. Die historische Unterscheidung bestehe nur darin, ob diesem „wirtschaftlichen Prinzip“ Raum gegeben werde oder nicht. Er unterscheidet dann Wirtschaften, in denen das passiert, und Wirtschaften, in denen das nicht passiert. Erstere nennt er „Verkehrswirtschaft“, letztere „Zentralgeleitete Wirtschaft“.<sup>59</sup> Damit kommt Eucken dann wieder zum Ausgangspunkt der Überlegungen der Freiburger Schule (siehe Franz Böhms eingangs dieses

---

<sup>56</sup> Eucken, Walter: Die Grundlagen ... S. 213

<sup>57</sup> Eucken, Walter: Die Grundlagen ... S. 211

<sup>58</sup> Eucken, Walter: Die Grundlagen ... S.221

<sup>59</sup> Eucken, Walter: Die Grundlagen ... S. 79

---

Abschnitts) zurück: Zentralgeleitete Wirtschaft bedeutet Machtkonzentration, bedeutet Monopolisierung. Und Monopol bedeutet, dass die Wirklichkeit nicht der „Ordnung“ folgt, „als Ordnung, die dem Wesen des Menschen und der Sache entspricht“. Er spricht hier von Ordnung als „Ordo“, als „sinnvolle Zusammenfügung des Mannigfaltigen zu einem Ganzen“.<sup>60</sup> Interventionen des Staates, die nicht dazu beitragen, das Menschen die Möglichkeit haben, ihre individuellen Zwecke mit geringstem Aufwand zu verfolgen sind in dieser Logik eben Abweichungen von der Verkehrswirtschaft und Schritte hin zur Zentralgeleiteten Wirtschaft. Die so in der Politik oder in der Wirtschaft entstehenden Monopole entsprechen nicht der „Ordnung“, müssen also bekämpft werden.

*Somit gehen zwei weitere Elemente in die neoliberale Strömung ein:*

- *ein eigener Ansatz zur Begründung des homo oeconomicus und die Begründung der prinzipiellen Gegnerschaft zu allen Formen zentraler staatlicher Planung, die sich sowohl gegen staatliche Intervention im Kapitalismus wie auch grundsätzlich gegen sozialistische Bestrebungen richtet. Er bietet den Zugang zur Diskreditierung jeglicher staatlicher Intervention als Weg in die Zentralgeleitete Wirtschaft – auch wenn das nicht seine Intention gewesen sein dürfte.*
- *Dem gegenüber verblasst bei Eucken schon das bei Böhm starke antimonopolistische Element, soweit es reale wirtschaftliche Macht betrifft, ist aber noch vorhanden und bildet dann einen Bezugspunkt des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft.*

Wie man also sieht, widmet sich die Freiburger Schule in ihrer Entstehungsphase in außerordentlichem Umfang der Legitimation der grundlegenden kapitalistischen Verhältnisse, indem sie diese selbst einer eigentümlichen Kritik (Monopol- bzw. Kartellfrage) unterzieht. Damit ist aber die zweite Frage, die nach der Verhinderung von Krisen und der Sicherung eines wie immer auch gearteten Gleichgewichts noch nicht beantwortet. Entsprechend seinem Konzept kann es so etwas wie Konjunktur, die aus der Eigendynamik und den Triebkräften wirtschaftlicher Entwicklung erwächst und regulierend auf das wirtschaftliche Handeln wirkt, nicht geben.<sup>61</sup> So also die Frage: Wie entsteht unter den Bedingungen, dass alle Subjekte dem „wirtschaftlichen Prinzip“ folgen und keines ein übermäßiges Maß an Macht hat (wie dies in der Verkehrswirtschaft der Fall sein soll), ein stabiler wirtschaftlicher Gesamtzusammenhang? Waren in den Fragen der Legitimierung der Kapitalherrschaft vor allem Marx und die Historische Schule Gegenstand der Kritik Euckens, so sind es jetzt die bürgerliche Klassik (wegen ihrer Konzentration auf volkswirtschaftliche Fragen) sowie Neoklassik und Grenznutzenschule (wegen der Konzentration auf die betriebliche Ebene).<sup>62</sup> In der Geldwirtschaft, so Eucken, erfolgt

---

<sup>60</sup> Eucken, Walter: Die Grundlagen ... S. 239

<sup>61</sup> „Es gibt keinen Normal-Zyklus der Konjunktur.“ Eucken, Walter: Die Grundlagen ... S. 182

<sup>62</sup> Eucken, Walter: Die Grundlagen ... S. 142f. So kritisiert er Walras (Grenznutzenschule) und Marshall (Neoklassik) dafür, dass sie in ihrer Analyse einzelwirtschaftlichen Verhaltens zwar „sehr



die Regulierung über das Preissystem. Allerdings entwickelt er die Art der Regulierung nur schemenhaft. Soweit er es tut, konstruiert er eine Zentralverwaltungswirtschaft, die als Negativbeispiel für das Nichtfunktionieren von Regulierung dient.<sup>63</sup> Hier betrachtet er den Preis in Anlehnung an die zuvor von ihm kritisierte Grenznutzenschule als „Knappheitsmesser“. Der setzt er die Verkehrswirtschaft mit den „Marktformen“ vollständige Konkurrenz auf der einen und Angebots- bzw. Nachfragemonopol auf der anderen Seite gegenüber.<sup>64</sup> Allerdings bleibt er hier auf der Ebene der Beschreibung. Es fehlen etwa zu erwartende Aussagen über Geldpolitik etc. Eucken weicht dem aus, indem er auf die Bedeutung der „konkreten Bedingungen“ verweist. Hier, in der konkreten wirtschaftspolitischen Handhabbarkeit, liegt zweifelsfrei der Schwachpunkt der ordoliberalen Schule. Die gesellschaftspolitische Legitimierung des kapitalistischen Systems findet keine Basierung in der realen Wirtschaft sowie in der Wirtschaftspolitik handhabbaren Aussagen. Diese Schule verbleibt in dieser Hinsicht zu diesem Zeitpunkt erst einmal vor allem ein ideologisches Konzept des Wirtschaftens und darauf basierender Rechtsetzung, sie steht weniger für eine Wirtschaftstheorie.

### *Österreichische Schule*

Dieses Manko wird durch die Verbindung der Freiburger Schule mit den Konzepten der Österreichischen Schule des Neoliberalismus überwunden. Deren Vertreter Ludwig von Mises (1881-1973) und Friedrich August von Hayek (1899-1992) liefern den Anschluss zwischen den eher gesellschaftskonzeptionellen Aussagen der Ordoliberalen und der Preis- und weiteren Theorien, die Einzelbereiche der Ökonomie betreffen. Ausgehend von der Grenznutzentheorie integrieren sie entsprechende Auffassungen in die neoliberale Gedankenwelt: Sie verbinden die mikroökonomische Sichtweise der Grenznutzenschule und ihre Modellwelt mit dem gesellschaftspolitischen Ansatz der Ordoliberalen. Friedrich von Hayek 1937 formuliert die These, dass das „Preissystem ein System von Signalen ist, das den Menschen in die Lage versetzt, sich an Umstände anzupassen, von denen er nichts weiß.“ Damit dies funktioniere, müsse der Preis aber „Ergebnis eines Wettbewerbsprozesses sein, in dem viel mehr Information verwendet wird, als irgend jemandem zur Verfügung steht.“<sup>65</sup> Die Betonung des „Wettbewerbsprozesses“ ist hier sichtbar das entscheidende Bindeglied zwischen den beiden Strängen des Neoliberalismus.

Bevor wir uns (im Teil 2) weiter mit Friedrich von Hayek befassen, sollen aber die Auffassungen Ludwig von Mises' betrachtet werden. 19 Jahre älter als Hayek kommt er aus der Grenznutzenschule (Österreichische Schule) und befasst sich zuerst intensiv mit Fragen von Geld und Preis. Dabei verbinden sich bei ihm deutlicher die Fragen von Preis und Wert mit gesellschaftskonzeptionellen Fragen,

---

exakte Ergebnisse“ bei der Beschreibung des Preismechanismus erlangen, aber dabei „der Sinn des verkehrswirtschaftlichen Gesamtzusammenhangs ... nicht voll verständlich“ wird. S. 150

<sup>63</sup> vgl. Eucken, Walter: Die Grundlagen ... S. 214

<sup>64</sup> Vgl. Eucken, Walter: Die Grundlagen ... S. 218

<sup>65</sup> So beschrieben in: Wohlgemuth, Michael: Zur Einführung: Friedrich August von Hayek (1899-1992) in: Grundtexte ... S. 617

als dies bei den Ordoliberalen der Fall ist. Während die Ordoliberalen von der rechtlichen Stellung des Unternehmens und den daraus resultierenden Anforderungen an die Gestaltung von Gesellschaft ausgehen, entwickelt Mises seine Auffassungen ausgehend von der ökonomischen Bewegung von Unternehmen (in der Interpretation der Grenznutzenschule). Er nähert sich also von einer anderen Seite dem gleichen Problem wie die Ordoliberalen – der Frage nach der Stellung des Unternehmens in der Gesellschaft. Er liefert aus seinem spezifischen Ansatz heraus Antworten, die letztlich in die gleiche Richtung gehen, wie die der Ordoliberalen.

Dabei folgt er durchaus den methodischen Grundsätzen, die auch die Freiburger Schule kennzeichnen. Er sagt:

„Wir gehen in der Wissenschaft vom Handeln des Einzelnen aus, weil wir nur dieses unmittelbar zu erkennen vermögen. Die Vorstellung einer Gesellschaft, die außerhalb des Handelns von Einzelnen wirken oder sichtbar werden können, ist absurd. Im Handeln des Einzelnen muß alles Gesellschaftliche irgendwie erkennbar sein.“<sup>66</sup>

Die banale Feststellung, dass es keine Gesellschaft neben dem Handeln der Menschen geben kann, wird in die These gewendet, dass dieses Handeln als aus dem Innern des Menschen kommend, nicht letztlich auch gesellschaftlich bestimmt sei. Er zitiert zustimmend Friedrich von Wieser<sup>67</sup>, der eine „gemeine Erfahrung“ der Menschen über wirtschaftliche Abläufe und „menschliche Bedürftigkeit und ihre Gesetze“ behauptete, an der aber auch die „Aufgabe des Theoretikers“ ende.<sup>68</sup> Er zieht daraus dann folgenden Schluss: „Die Ziele wechseln, die technologischen Vorstellungen wandeln sich, doch Handeln bleibt immer Handeln. Handeln sucht immer Mittel, um Zwecke zu verwirklichen und ist in diesem Sinne immer rational und auf Nutzen bedacht, ist mit einem Worte: menschlich.“<sup>69</sup>

Ludwig Mises formuliert hier Grundlagen für das Konzept des homo oeconomicus. Dieses Konzept wird die weitere Entwicklung des neoliberalen Denkgebäudes prägen. Jedes Handeln, soweit es zur Mengenmaximierung beim Verbraucher führt ist nicht nur rational, sondern menschlich. Er versucht, dieses Bild des homo oeconomicus von dem der „klassischen Lehre“ (also Ricardo und Smith) abzugrenzen. Letzterer sei „Verkörperung der Grundsätze des Kaufmanns.“<sup>70</sup> Damit sei es seiner Meinung nach mit einer Wertung des Handelns verbunden. Das lehnt er ab – verständlicherweise, weil damit natürlich wieder eine Komponente Gesellschaftlichkeit und Geschichtlichkeit in die Wissenschaft käme. Er charakterisiert unter diesem Gesichtspunkt seine Denkrichtung folgendermaßen:

„Durch ihren Subjektivismus wird die moderne Theorie objektive Wissenschaft. Sie wertet das Handeln nicht, sie nimmt es so hin, wie es

---

<sup>66</sup> Mises, Ludwig: Grundprobleme der Nationalökonomie. Untersuchungen über Verfahren, Aufgaben und Inhalt der Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Gustav Fischer Jena 1933, (pdf-Version von Gerhard Grasruck für [www.mises.de](http://www.mises.de)) S. 41

<sup>67</sup> Friedrich von Wieser ist ein weiterer Vertreter der Grenznutzenschule.

<sup>68</sup> Mises, Ludwig: Grundprobleme der Nationalökonomie ... S. 21

<sup>69</sup> Mises, Ludwig: Grundprobleme der Nationalökonomie ... S. 63

<sup>70</sup> Mises, Ludwig: Grundprobleme der Nationalökonomie ... S. 168

---

ist, und erklärt die Markterscheinungen nicht aus dem „richtigen“ Handeln, sondern aus dem gegebenen Handeln. Sie strebt nicht danach, die Austauschverhältnisse zu erklären, die sich unter der Voraussetzung bilden würden, dass die Menschen sich ausschließlich von bestimmten Motiven leiten lassen und dass andere Motive, die sie tatsächlich leiten, nicht wirken, sondern sie will die Bildung der Austauschverhältnisse begreifen, die wirklich auf dem Markte erscheinen.“<sup>71</sup>

Nun ist es gut, Handeln erst einmal zu nehmen „wie es ist“ – woher aber weiß man, welches die Motive sind, „die sie tatsächlich leiten“? Sie sind nach Mises eben die, die seine Theorie setzt. Wir finden hier das gleiche elitäre Selbstverständnis, wie wir es schon bei Eucken konstatieren konnten. Subjektivismus heißt für ihn, dass kompromisslos die subjektiven Entscheidungen der wirtschaftlichen Akteure maßgeblich für die ökonomische Theorie sind. Sie sind nicht auf tiefere Gründe hin hinterfragbar. Die einfache Wahrheit, dass individuelle Bedürfnisse auch gesellschaftlich bestimmt sind, sowie die Konsequenzen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung für Gegenstand und Wege der Bedürfnisbefriedigung werden von Mises ignoriert. Dieses Ignorieren der Rückwirkung der gesellschaftlichen Beziehungen auf die individuellen Entscheidungen betrachtet er als „objektive Wissenschaft“, weil er sich eben nicht auf „Spekulationen“ bezüglich Interessen, Eigentumsverhältnissen usw. einlassen würde.

*Mises vervollkommnet also erst einmal die Begründung des subjektivistischen Vorgehens. Er beschränkt sich aber nicht auf eine derartige quantitative Anhäufung von Argumenten, sondern gibt der Argumentation auch eine neue Qualität durch seine Auseinandersetzung mit dem Sozialismus.*

In der Wirtschaftsrechnungsdebatte Anfang der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts entfaltet er in Auseinandersetzung mit den ersten Versuchen der Schaffung von sozialistischen Volkswirtschaften, vor allem in Sowjetrußland und kurzzeitig auch in Ungarn, sein Konzept wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rationalität. Es muss gesagt werden, dass Mises einer der ersten Theoretiker ist, der ein zentrales Problem nachkapitalistischen Wirtschaftens benennt – wie Regulierung einer modernen Gesellschaft ohne Geld, Markt und Konkurrenz möglich sein soll, welches Interesse Menschen an einer solchen Art des Wirtschaftens haben sollen und wie ohne die dem Kapitalismus eigenen Stimuli gesellschaftliche Rationalität, rationeller Ressourceneinsatz möglich sein soll. Bereits diese Fargstellung mag zur Attraktivität des Neoliberalismus beitragen – mehr aber haben dies die Realität des bisherigen Versuche, nichtkapitalistische Gesellschaften aufzubauen. Eine ernsthafte Diskussion der von Mises aufgeworfenen Frage erfolgte erst nach 1921, mit der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik in Sowjetrußland<sup>72</sup> und der Entfaltung der Diskussionen zur Rolle des Geldes und des Warenaustausches im Sozialismus.<sup>73</sup>

---

<sup>71</sup> Mises, Ludwig: Grundprobleme der Nationalökonomie ... S. 169

<sup>72</sup> Die Neue Ökonomische Politik (NÖP) 1921-1927 war darauf gerichtet, durch die Zulassung des Handels, die Wiedereinführung eines funktionierenden Geldsystems und eine aktive Förderung

Nach Mises erfolgt die Wertschätzung der Güter, die auf dem Markt erscheinen erst einmal als subjektiver Akt. Es stehen sich dann auf dem Markt also unterschiedliche subjektive Werturteile gegenüber. Als solche sind sie nicht vergleichbar. Daher sei der Grenznutzen keine Werteinheit, das Werturteil „mißt nicht, es stuft ab, es skaliert.“<sup>74</sup> Der Tauschwert entsteht „aus dem Zusammenspiel der subjektiven Wertschätzung aller am Tauschverkehr teilnehmenden Wirte.“ Als objektiver Tauschwert tritt er „als Einheit der Wirtschaftsrechnung“ in Erscheinung.<sup>75</sup> Wirtschaftsrechnung bedeutet für Mises letztlich die Kalkulation des Unternehmers:

„Die Vorkalkulation oder Kalkulation entscheidet über das geplante Handeln; die Buchführung, Bilanzaufstellung und Gewinn- und Verlustrechnung ermitteln die Ergebnisse des vollzogenen Handelns.“<sup>76</sup>

Er geht von der Unternehmensebene dann sofort auf die Ebene der Volkswirtschaft über:

„Für das Gesamtsystem der Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsrechnung das Mittel zur Ausrichtung der Produktion nach den Bedürfnissen aller Genossen der arbeitenden Gesellschaft. Die Wirtschaftsrechnung erst macht den Markt zu einem einheitlichen Zusammenhang aller Glieder der Gesellschaft.“

Gesellschaft erwächst seiner Meinung nach also aus der Kalkulation des Unternehmers. Daraus zieht Mises den Schluss, dass es ohne Kapitalismus keine rationale Wirtschaft geben könne: verschwindet das kapitalistische Eigentum (er nennt es Sondereigentum) an den Produktionsmitteln, „könnte von rationeller Erzeugung nicht mehr gesprochen werden.“ Er setzt fort: „Die Rationalität des Handelns wird von dem Gebiet, auf dem ihre eigentliche Domäne liegt, verdrängt. Wird es dann überhaupt noch Rationalität und Logik im Denken geben können? Geschichtlich ist der menschliche Rationalismus aus der Wirtschaft erwachsen. Wird er sich überhaupt noch halten können, wenn er von hier verdrängt wird?“<sup>77</sup>

*Mises versucht also mit seiner Konzeption von Wirtschaftsrechnung ausgehend von der Grenznutzentheorie die Vorstellung vom unbedingten Primat unternehmerischen, genauer unternehmerisch kalkulierenden Denkens und Handelns zu begründen. Zwangsläufig stellt er damit*

---

einzelbäuerlicher und kollektiver Landwirtschaftsbetriebe sowie kapitalistischer Unternehmen in der Leichtindustrie und im Handel die Versorgungslage schnell zu bessern und politische Stabilität durch ein dauerhaftes politisches Bündnis mit den Bauern zu erreichen.

<sup>73</sup> In Sowjetrußland wurde in der Zeit der Bürgerkriege 1918 bis 1921 der Handel und Geldbeziehungen offiziell abgeschafft. Dies war Ausdruck einer akuten Notlage, entsprach aber auch der Vorstellung, dass mit dem Sieg des Proletariats in der Revolution der Warenaustausch und das Geld verschwinden, ein direkter Austausch der Arbeitsprodukte möglich würde. In den 20er Jahren wurde diese Vorstellung dahingehend korrigiert, dass Warenproduktion offensichtlich auch in der frühen Phase des Sozialismus notwendig bleiben würde.

<sup>74</sup> Mises, Ludwig: Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 47(1920) S. 93f.

<sup>75</sup> Mises, Ludwig: Die Wirtschaftsrechnung ... S. 94

<sup>76</sup> Mises, Ludwig von: Nationalökonomie. Theorie des Handelns und Wirtschaftens; Editions Unions Genf 1940 (pdf-Version von Gerhard Grasruck für [www.mises.org](http://www.mises.org)) S. 198

<sup>77</sup> Mises, Ludwig: Die Wirtschaftsrechnung ... S. 100f.

---

*jegliche Form staatlichen Handelns im Bereich der Wirtschaft, das nicht diesem Denken und Handeln entspricht, in Frage.*

Diese Begründung baut Mises mit Bezugnahme auf diese seiner Meinung nach ökonomisch fundierte Ablehnung von Alternativen zum Kapitalismus aus. Im Jahr 1927 schreibt er:

„Mit Rationalismus kann man freilich nicht bis zum Sitze des Widerstandes gegen den Liberalismus gelangen; dieser Widerstand geht nämlich nicht von der Vernunft aus, sondern von krankhafter seelischer Einstellung: von Ressentiment und von einem neurasthenischen Komplex, den man nach dem französischen Sozialisten Fourier-Komplex nennen könnte... Hier liegt eine schwere Erkrankung des Nervensystems, eine Neurose vor, die mehr die Psychologie interessieren sollte als die Politiker.“<sup>78</sup> (neurasthenischer Komplex – leichte Erregbarkeit des Nervensystems, krankhaft überzogene Sensibilität)

Daran ist nichts ironisch – man muss diese Worte als Ausfluss eines elitären Weltbildes schon ernst nehmen. In nicht ganz so harschen Worten unterzog er dann im Jahr 1944 staatliche Eingriffe in die Wirtschaft einer generellen Kritik. Der formale Gegenstand der Auseinandersetzung ist wieder der Nachweis der Unmöglichkeit sozialistischen Wirtschaftens.<sup>79</sup> Wesentlicher für die Formierung des neoliberalen Weltbildes ist aber die Untersuchung der Wechselwirkungen von Bürokratie und kapitalistischem Wirtschaften. Mises lehnt Bürokratie keineswegs ab, er betont vielmehr auch die Notwendigkeit bürokratischen Handelns im kapitalistischen Staat. Ihm geht es, offensichtlich vor allem vor dem Hintergrund des New Deal, um folgendes:

„Der wichtigste Gegenstand der heutigen politischen Auseinandersetzung ist die Organisation der Gesellschaft – ob sie auf der Grundlage des Privatbesitzes der Produktionsmittel (Kapitalismus, das Marktsystem), oder auf der Grundlage öffentlicher Lenkung der Produktionsmittel (Sozialismus, Kommunismus, Planwirtschaft) organisiert werden soll... Es ist kein Kompromiß zwischen diesen beiden Systemen möglich. Im Gegensatz zu einem weitverbreiteten Irrtum gibt es keinen Mittelweg, kein drittes mögliches System als Modell für eine dauerhafte soziale Ordnung... Wer immer sich in diesem Streit dem Kapitalismus anschließt, muß dies offen und direkt tun. Er muß Privatbesitz und freies Unternehmertum positiv unterstützen.“<sup>80</sup>

*Damit steckt Mises einen Rahmen für staatliches Handeln, wie erwähnt eben in Kritik am New Deal, ab, der das neoliberale Verhältnis zum Staat*

---

<sup>78</sup> Mises, Ludwig von: Liberalismus, Repr. der Ausgabe Jena 1927, Sankt Augustin 1993, S. 12

<sup>79</sup> „Die Undurchführbarkeit aller sozialistischen Entwürfe und der Planwirtschaft muß darin gesehen werden, daß sie jegliche Wirtschaftsrechnung unmöglich machen. Denn ohne Privatbesitz an den Produktionsmitteln kann es keine Marktpreise für diese Faktoren geben.“ Mises, Ludwig von: Die Bürokratie, Sankt Augustin 1997, S. 39

<sup>80</sup> Mises, Ludwig von: Die Bürokratie ... S. 27 Diesen Ansatz baut Friedrich von Hayek dann in seinem Buch „Der Weg zur Knechtschaft“ (1944) umfassend aus.

---

*besser erklärt, als das Bild der „unsichtbaren Hand“. Es geht um einen aktiven, „Privatbesitz und freies Unternehmertum“ stützenden und schützenden Staat. Es geht um ein Handeln des Staates und der Staatsunternehmen in einer Art und Weise, die dem privatwirtschaftlichen Handeln entspricht oder ihm Raum gibt.*

Wir haben nun bei der Analyse der Quellen des heutigen Neoliberalismus die vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts erreicht. In dieser Zeit verlagert sich das Zentrum neoliberaler Theorieentwicklung zunehmend in die USA. Es entsteht die Chicagoer Schule des Neoliberalismus. Am Anfang dieser Richtung stehen mit Ludwig von Mises und Friedrich von Hayek Emigranten, die Europa in der Zeit des Faschismus verließen. Mises siedelt 1940 aus Genf wegen des auch in der Schweiz sich ausbreitenden Antisemitismus in die USA über, Hayek arbeitet bereits ab 1931 an der London School of Economics und ab 1950 an der Universität Chicago. Hayek ist als Schüler von Mises' der entscheidende Initiator der Chicagoer Schule des Neoliberalismus, die später mit dem Namen Milton Friedman verbunden sein wird und aus der dann die berühmtesten „Chicago Boys“ hervorgehen werden. Hayek geht den Weg, den Mises bereits vorzeichnete, den Weg von der ökonomischen Theorie zum gesellschaftspolitischen Konzept, konsequent weiter. In einer Würdigung Hayeks heißt es dazu:

„Auf Basis dieser Überlegungen stellte Hayek dem neoklassischen Gleichgewichtsgedanken eine Theorie der kulturellen Evolution gegenüber. Wie er selber sagt, „geht es [insbesondere], wenn wir ökonomische Aspekte großer Gesellschaftssysteme zu erklären haben, nicht darum, einen hypothetischen Gleichgewichtszustand zu erklären, der durch bekannte Daten bestimmt ist, sondern um die Erklärung eines Stromes, der sich ständig als Ganzes an Änderungen in den Umständen anpaßt, von denen jeder einzelne Teilnehmer an solchen Systemen nur einen kleinen Teil kennt.“ Die Beschäftigung mit Fragen der kulturellen Evolution und der Entwicklung freier Märkte, ließ Hayek auch zum Mahner vor den zerstörerischen Folgen einer Überschätzung der menschlichen Vernunft werden.“<sup>81</sup>

Die Beschreibung und Analyse der Entwicklung des Neoliberalismus von den vierziger Jahren bis zur Gegenwart wird Gegenstand des Teil 2 unserer (ganz) kurzen Einführung in den Neoliberalismus sein.

Text: Lutz Brangsch

wissenschaftliche Redaktion: Sabine Nuss

---

<sup>81</sup> [http://www.ordnungspolitisches-portal.com/04\\_05\\_Hayek.htm](http://www.ordnungspolitisches-portal.com/04_05_Hayek.htm) Stand 08.02.2010